

Wer regiert? Die Transformation der kommunalen politischen Regimes in Russland 1991-2009: eine Elitenstudie

Selzer, D.G.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Selzer, D. (2009). Wer regiert? Die Transformation der kommunalen politischen Regimes in Russland 1991-2009: eine Elitenstudie. *Russland-Analysen*, 191, 6-9. <https://doi.org/10.31205/RA.191.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

POLITIK IN RUSSLANDS REGIONEN

■ ANALYSE		
Der subnationale Autoritarismus in Russland		2
Von Vladimir Gelman, St. Petersburg		
■ ANALYSE		
Wer regiert? Die Transformation der kommunalen politischen Regimes		
in Russland 1991 – 2009. Eine Elitenstudie		6
Von D.G. Selzer, Tambow		
■ DOKUMENTATION		
Helden und Handlanger. Von »Reporter ohne Grenzen«		10
■ UMFRAGE		
Präsident, Regierung und Gouverneure – unterschiedliche Ratings		13
Soll man Gouverneure wählen?		14
■ DOKUMENTATION		
Die Regionalwahlen am 11. Oktober 2009		15
■ PRESSESTIMMEN		
Die Wahlen in Moskau und den Regionen		17
■ UMFRAGE		
Russen über die Regionalwahlen am 11. Oktober 2009		21
Moskaus Bürgermeister Lushkow – ein umstrittener Politiker		25
■ CHRONIK		
Vom 21. Oktober bis zum 5. November 2009		27
■ VERANSTALTUNGSHINWEIS		
Russland-Termine des Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft		29
Call for Applications – 5 th Changing Europe Summer School		30

*Die Russland-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Der subnationale Autoritarismus in Russland

Von Vladimir Gelman, St. Petersburg

Zusammenfassung

In den russischen Regionen – im subnationalen politischen Raum – haben sich seit dem Zerfall der UdSSR autoritäre Regime etabliert. Regionale Eliten haben im Wettbewerb und in Zusammenarbeit mit der nationalen Elite die Kontrolle über Wirtschaft und Politik an sich gezogen. Bereits in der Sowjetunion hatte sich ein subnationaler Autoritarismus herausgebildet. Nach dem Zerfall der UdSSR verlor das Zentrum seine Lenkungsmacht, die vielfach unter die Kontrolle von regionalen politischen und finanziellen Gruppen geriet. Die Rezentralisierung in den Putin-Jahren führte nicht zu einer Demokratisierung, die autoritären Strukturen wandelten nur ihren Charakter.

Die Regime des subnationalen Autoritarismus stellen für die Entwicklung des politischen Systems in Russland ein erhebliches Problem dar. Denn eine Demokratisierung und die Errichtung einer effektiven Staatsordnung werden durch die Existenz des subnationalen Autoritarismus erheblich behindert.

»Subnationaler Autoritarismus« – ein internationales Phänomen

Die für das heutige Russland charakteristische Kombination von Lokalisierung der Politik und Monopolisierung der Kontrolle durch die lokalen Eliten, unter der Bezeichnung »subnationaler Autoritarismus« bekannt, war zu verschiedenen historischen Perioden und für Regionen und Städte vieler Länder von Lateinamerika bis Südwestasien typisch; auch die »politischen Maschinen« der Städte der USA um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sind ein Beispiel für den subnationalen Autoritarismus. Es gab in den einzelnen Ländern und Regionen wesentliche Unterschiede in punkto Entstehung, Herrschaftsmechanismen und Folgen; manche Regimes dieses Typs waren temporär und vorübergehend, andere setzten sich für lange Jahrzehnte fest. Welches sind nun die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und Besonderheiten des subnationalen Autoritarismus in Russland?

Subnationaler Autoritarismus in der Sowjetzeit

Die Praxis des subnationalen Autoritarismus der sowjetischen Periode wurde zum »Nullpunkt« für die Prozesse der Dezentralisierung der 1990er und der Rezentralisierung der 2000er Jahre, die von den Auswirkungen der vorangegangenen Entwicklung abhängig waren (*»path dependency«*). Der zentralisierte subnationale Einparteien-Autoritarismus in der UdSSR war ein kompliziertes Konstrukt. Auf der einen Seite zeichnete er sich durch eine hierarchische Konzentration von Macht und Ressourcen aus, die durch die vertikal integrierten Strukturen der KPdSU und die Unionsministerien und -behörden, darunter auch Sicherheitsdienst und Streitkräfte, unterstützt wurden. Auf der anderen Seite nahmen die regionalen Parteikomitees auf der lokalen

Ebene Funktionen der sozialen Integration und Verteilung von sozialen Wohltaten wahr und traten außerdem als Interessenvertreter der Regionen bei den höheren Ebenen der Hierarchie auf.

In den 1960er–1980er Jahren erlebte das sowjetische System der regionalen und lokalen Verwaltung einen Rückgang der Effektivität der zentralisierten Kontrolle. Die Beziehungen zwischen den nationalen und subnationalen Regimes in der UdSSR können als ein informeller Kontrakt »Loyalität im Austausch gegen Nichteinmischung« beschrieben werden. Die Perestrojka, die von einem massenhaften Wechsel von leitenden Kadern auf der lokalen Ebene begleitet wurde, fügte dem Gleichgewicht des subnationalen Autoritarismus einen schweren Schlag zu. Der Zerfall der Sowjetunion, die wirtschaftliche Transformation und die Politik der institutionellen Veränderungen, die vom föderalen Zentrum auf der lokalen Ebene in Gang gesetzt wurden, führten bald dazu, dass der zentralisierte subnationale Autoritarismus durch einen dezentralisierten Autoritarismus abgelöst wurde.

Dezentralisiertes Chaos

Erstens hatte der Zerfall der UdSSR die nicht beabsichtigte Folge, dass nicht nur das Verteilungs-, sondern auch das Machtpotenzial des Zentrums wesentlich geschwächt wurde. Ein Nebeneffekt war, dass die wichtigsten Machthebel, darunter auch die Vollmachten der institutionellen Regulierung und die Machtorgane, spontan vom Zentrum an die lokale Ebene übergeben wurden und dabei manchmal unter die Kontrolle von regionalen politischen und finanziellen (und kriminellen) Gruppen gerieten. Zweitens führte der wirtschaftliche Zusammenbruch der 1990er Jahre zu einer Krise der »Behördenwirtschaft« auf der regionalen und lokalen Ebene, die nur in unbedeutendem Maße Anfang der

2000er Jahre während der territorialen Expansion nationaler Finanz- industrieller Gruppen wiederhergestellt wurde. Vor dem Hintergrund der räumlichen Polarisierung und der wachsenden Ungleichheit sowohl zwischen den Regionen als auch zwischen Kommunen innerhalb der Regionen und dem Verschieben der Ressourcenbasen auf der subnationalen Ebene trugen diese Prozesse dazu bei, dass die lokalen Eliten die Kontrolle über wirtschaftliche Ressourcen verstärken konnten. Diese Eliten spielten die Rolle einer »Vetogruppe« in Hinblick auf Eigentumsrechte und konzentrierten in ihren Händen Budgetmittel, deren subnationaler Anteil mehr als 60 % des russischen Gesamtbudgets ausmachte. Drittens war die föderale Politik des institutionellen Aufbaus sehr inkonsequent; im Ganzen trug sie dazu bei, den politischen Pluralismus, der sich Anfang der 1990er Jahre in einigen Regionen andeutete, zu untergraben. So wurde die hoch zentralisierte sowjetische Periode durch das dezentralisierte Chaos der 1990er Jahre abgelöst.

Autoritarismus in den Regionen

Die dezentralisierten politischen Regime in den Regionen und Städten Russlands unterschieden sich zwar – je nach der Konstellation der Eliten in den einzelnen Regionen und Städten des Landes, doch zeigten die meisten von ihnen Tendenzen eines dezentralisierten subnationalen Autoritarismus. Zu den sozialen Grundlagen dieser Regime gehörten Bevölkerungsschichten, die von den regionalen und lokalen Mächten abhängig waren, Angestellte des öffentlichen Sektors, örtliche Geschäftsleute, die von den lokalen Eliten kontrolliert wurden, und lokale kriminelle Gruppierungen, die als Gegenleistung für die Unterstützung des *Status quo* legalisiert wurden. In einigen russischen Republiken diente die ethno-politische Mobilisierung dazu, das Monopol der ethnischen Eliten im Rahmen des subnationalen Autoritarismus zu verstärken. Die Schwäche der politischen Parteien auf der lokalen Ebene erleichterte es in der Regel den regionalen und lokalen Eliten, die sich mit keiner Partei verbündeten, die Macht zu monopolisieren, obwohl kompetitive Wahlen durchgeführt wurden. Das Zentrum, das nicht imstande war, die Entwicklung des dezentralisierten subnationalen Autoritarismus zu verhindern, versuchte seinerseits, sich auf lokale Eliten zu stützen, um die eigene Macht bei föderalen kompetitiven Wahlen zu sichern. Die Konsequenz war eine Politik der »selektiven Befriedung« einzelner Territorien und die Gewährung von exklusiven Rechten an einige Regionen. Es verwundert nicht, dass die meisten Beobachter diese Tendenzen äußerst negativ bewerteten.

Viele Facetten des dezentralisierten subnationalen Autoritarismus im Russland der 1990er Jahre entsprachen

den typischen Merkmalen der amerikanischen »*machine politics*« vom Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. In beiden Fällen war den subnationalen Regimen eine patrimoniale Herrschaft und Kontrolle über die Politik auf der lokalen Ebene, politischer Einfluss auf der nationalen Ebene und die Monopolisierung der Beziehungen zu nationalen Akteuren eigen. Nationale Parteien waren in beiden Fällen schwach und die Beziehungen der lokalen Eliten zu ihnen trugen einen ad hoc-Charakter. Ähnlich waren auch das große Ausmaß an wirtschaftlicher Monopolisierung und Korruption sowie die Tendenzen zur »Übernahme des Staates« (*state capture*) durch wirtschaftliche Interessengruppen. Doch auch die Unterschiede zwischen der russischen und der amerikanischen Situation sind von Bedeutung. Erstens gab es in Russland im Unterschied zu den USA nur ein geringes Bedürfnis, den subnationalen Autoritarismus »von unten«, von der lokalen Ebene aus, zu untergraben, und es entstanden keine Reformbewegungen. Zweitens, wenn in den USA zu Anfang des 20. Jahrhunderts nationale politische und wirtschaftliche Akteure danach strebten, die »politischen Maschinen« zu zerstören, entstanden aufgrund der Politik des Zentrums in Russland keine solchen Bündnisse. Während das Zentrum den subnationalen Autoritarismus in den 1990er Jahren als gegeben hinnehmen musste, nutzte es in den 2000er Jahren Möglichkeiten, ihn »von oben« in ein nationales System einer autoritären Regierung zu kooptieren.

Putins Rezentralisierung der Verwaltung

Die Politik der Rezentralisierung der Verwaltung, die im Jahre 2000 auf Initiative von Präsident Vladimir Putin begonnen wurde, war die Antwort auf diese Herausforderungen. Ihr Ziel war es, die Kontrolle des Zentrums über das Macht- und Verteilungspotenzial des Staates wiederherzustellen, das in den 1990er Jahren unter die Kontrolle lokaler Akteure geraten war. Die Rezentralisierung der Verwaltung (darunter auch die Rückkehr von Unterabteilungen von föderalen Behörden unter die Kontrolle des Zentrums), die Rezentralisierung von wirtschaftlichen Ressourcen, die dazu führte, dass auf Kosten der Budgets für regionale und lokale Machtorgane mehr finanzielle Ressourcen in den Händen des Zentrums konzentriert wurden und zu guter Letzt die Einstellung der Praxis, einzelnen Regionen Sonderrechte zu gewähren – dies sind nur einige der Folgen dieser Politik. Was war ihr Einfluss auf den subnationalen Autoritarismus in Russland?

Gleichzeitig mit der Wiederherstellung der Kontrolle des Zentrums wurden die lokalen Akteure an die Peripherie der nationalen Politik verdrängt – ihre Rolle bei der Entscheidungsformulierung wurde stark beschnit-

ten und durch Maßnahmen wie die Reform des Föderationsrates und die Einführung eines Verhältniswahlsystems für die Dumawahlen institutionell verankert. Nichtsdestotrotz blieb eine direkte Nötigung von lokalen Akteuren durch den zentralisierten Staatsapparat ohne Wirkung. Auf der subnationalen Ebene war das Zentrum nicht imstande, nur mit administrativen Maßnahmen die lokalen Regime unter seine Kontrolle zu bringen, von denen viele zu Anfang der 2000er Jahre die Autonomie einer potenziellen Opposition in Gestalt von lokalen Wirtschaftseliten, Legislativen und regionalen Parteiorganisationen zerstören konnten. Daher wurden institutionelle Veränderungen zu einem wichtigen Instrument, um die Kontrolle des Zentrums wiederherzustellen – insbesondere war dies die Expansion von politischen Parteien von der nationalen auf die regionale und lokale Ebene. Ab dem Jahr 2003 wurde auf Initiative der präsidentialen Administration bei den Wahlen zu den regionalen Legislativen zwangsweise ein gemischtes Wahlsystem eingeführt, das den Einfluss von nationalen Parteien, vor allem der »Hauptwaffe« des Kreml, der Partei »Einiges Russland«, in den Regionen stärken sollte. Diese Maßnahme konnte aber die Kontrolle des Zentrums über die lokalen Eliten nur wenig verstärken; im Gegenteil, die Stimulierung von Konkurrenz zwischen den Parteien erweiterte die Auswahl politischer Alternativen auf regionaler und lokaler Ebene, was perspektivisch zu einer Schwächung des subnationalen Autoritarismus hätte beitragen können. Dieses war kaum Teil der Pläne der Führung des Landes, die vor allem daran interessiert war, ihre Macht bei den Dumawahlen 2007 und den Präsidentenwahlen 2008 zu erhalten. Dieses konnte unter anderem dadurch gesichert werden, dass die lokalen »politischen Maschinen« in eine nationale »Kolonie« eingebunden wurden. So war die Entscheidung des Zentrums von 2004, die Wahlen der regionalen Gouverneure abzuschaffen, eine logische Fortsetzung der Politik der Rezentralisierung.

Zentralisierung und Gouverneure

Die Tatsache, dass die Gouverneure der Regionen *de facto* ernannt und nicht gewählt werden sollten, lief auf einen neuen informellen Kontrakt zwischen Zentrum und lokalen Führern hinaus, der das Problem der gegenseitigen Verpflichtungen löste, das die Metamorphose von »Einiges Russland« zur dominierenden Partei verhindert hatte. Darüber hinaus gaben institutionelle Veränderungen den lokalen Führern neue Anreize, »Einiges Russland« gegenüber loyal zu sein, und nahmen ihnen die vorherigen Möglichkeiten zur Diversifizierung ihrer politischen Investitionen. Es erstaunt daher nicht,

dass bei den Dumawahlen des Jahres 2007 65 von 85 Gouverneuren der Regionen auf der Liste von »Einiges Russland« auftraten. Das Zentrum versuchte seinerseits, einen Großteil der früheren regionalen Eliten an der Macht zu halten, als Gegenleistung dafür, dass sie dem Zentrum bei föderalen Wahlen Stimmen brachten. Es war dann auch die Fähigkeit, den lokalen Wahlprozess zu kontrollieren, und keineswegs eine effektive regionale oder lokale Verwaltung, die das politische Überleben der vom Zentrum ernannten regionalen Gouverneure während der föderalen Wahlen von 2007 und 2008 sicherte. Der Kompromiss zwischen föderalen und lokalen Eliten, der nach dem Schema »Monopolisierung der Macht als Gegenleistung für »richtige« Wahlergebnisse« erreicht worden war, wurde so zu einer wichtigen Komponente des »elektoralen Autoritarismus« in Russland.

Die Zentralisierung des subnationalen Autoritarismus und die Veränderung seiner Grundlagen von rein personalen zu parteibasierten stärkten die lokalen Regime, da das »politische Monopol der Gouverneure mit dem Monopol von ‚Einiges Russland‘ bei allen bedeutenden Wahlthemen der regionalen und lokalen Ebene übereinstimmen sollte«. Die wirtschaftliche Grundlage dieser Regime war der politisch bedingte Tausch von Ressourcen zwischen dem Zentrum, den regionalen und den lokalen Machtorganen. Auch große Konzerne, die in den 2000er Jahren ihren Einfluss auf lokaler Ebene erweitert hatten, an der Erhaltung des *Status quo* interessiert waren und darüber hinaus vom Zentrum politisch abhängig waren, unterstützten die wirtschaftliche Basis des zentralisierten subnationalen Einparteien-Autoritarismus. Im Vergleich zu den 1990er Jahren wurde die soziale Basis des subnationalen (wie auch des nationalen) Autoritarismus durch die wachsende städtische Mittelklasse erweitert, die wegen des Wirtschaftswachstums und der steigenden Konsummöglichkeiten bereit war, den *Status quo* zu unterstützen und nicht das entstehende politische Gleichgewicht stören wollte.

Subnationaler Einparteien-Autoritarismus

Der zentralisierte subnationale Einparteien-Autoritarismus, der in Russland in den 2000er Jahren entstand, unterschied sich wesentlich sowohl von dem zentralisierten bürokratischen Modell, wie es im postsowjetischen Zentralasien und in Belarus praktiziert wird, als auch vom dezentralisierten subnationalen Autoritarismus der 1990er Jahre. Am ehesten ähnelt er dem zentralisierten subnationalen Einparteien-Autoritarismus Süditaliens der 1950er–1980er Jahre. Diesen Regimes sind nicht nur die Dominanz von Patron-Klient-Beziehungen, negative Stimuli für die Loyalität von lokalen Akteuren und

ihre geringfügige Entschädigung durch die herrschenden Gruppen gemeinsam, sondern auch die Tatsache, dass es kaum Kräfte gibt, die fähig wären, lokale Regime »von unten« zu schwächen bzw. zu stürzen. Ein wesentlicher Unterschied zwischen dem russischen und dem italienischen Modell ist das politische Monopol der herrschenden Partei nicht nur auf der subnationalen, sondern auch auf der nationalen Ebene, so dass es eher Mexiko in den 1930er–1980er Jahren und der UdSSR ähnelt.

Tatsächlich lässt der Vergleich der heutigen subnationalen Regime in Russland mit der regionalen und lokalen Verwaltung der sowjetischen Ära einige Parallelen erkennen. Wie vor 30–40 Jahren werden die russischen Regionen und Städte von Beamten verwaltet, die, bei formaler Zustimmung durch die lokalen Eliten, *de facto* vom Zentrum ernannt werden. Ihre Wahrnehmung von wichtigen wirtschaftlichen Aufgaben – Entwicklung der Region und Beschaffung von Ressourcen für die Region von außerhalb – hängt nach wie vor von informeller Lobbytätigkeit im Zentrum ab. Ihr politischer Spielraum auf der lokalen Ebene und außerhalb ist durch die Struktur wirtschaftlich interessierter Gruppen auf der Ebene von Regionen und Städten begrenzt. Ähnlich sieht auch die Tendenz zur Entstehung von Beziehungen zwischen lokalen Verwaltungen und wirtschaftlichen Akteuren nach dem Modell des »staatlichen Korporatismus« aus. Obwohl »Einiges Russland« nicht eine Reinkarnation der Herrschaft der KPdSU ist und die Rolle von Konzernen mit Gasprom an der Spitze wenig an das Diktat der Behörden der ehemaligen Sowjetunion erinnert, lässt der nichtkompetitive Charakter der nationalen und subnationalen Regime und die Monopolisierung der Wirtschaft, die heute nicht auf zentralisierter Planung, sondern auf dem Abschöpfen der Einnahmen aus dem Rohstoffboom beruht, den Schluss zu, dass sich viele signifikante Merkmale [des damaligen und des heutigen subnationalen Autoritarismus] ähneln. Das Zentrum versucht wie in der sowjetischen Ära, die Kosten der Kontrolle über die lokalen Eliten zu minimieren, indem es die Rohstoffeinnahmen zwischen lokalen Lobbygruppen verteilt und selektiv repressive Maßnahmen gegen Beamte mittleren Ranges ergreift, die es »zufällig erwischt«. Daher gibt das Zentrum wiederum, wie zu Sowjetzeiten, spontan Ressourcen in die Kontrolle von lokalen Eliten (vor allem in den Republiken) als Teil des inoffiziellen Vertrages »Loyalität gegen Nichteinmischung«.

Über den Autor

Vladimir Gelman ist Professor an der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie der Europäischen Universität St. Petersburg.

»Back in the USSR«?

Wie man sieht, hat der russische subnationale Autoritarismus in den 2000er Jahren eine Wende vom dezentralisierten zum zentralisierten Einparteien-Modell nach dem Muster »back in the USSR« vollzogen. Im Unterschied zum dezentralisierten subnationalen Autoritarismus, der während des Neuaufbaus von Staat und Institutionen eine vorübergehende Erscheinung war, ist der zentralisierte subnationale Autoritarismus ein sehr viel beständigeres Phänomen. Seine Stabilität ist dadurch bedingt, dass erstens sowohl das Macht- als auch das Verteilungspotenzial in den Händen der regierenden Gruppen des Zentrums konzentriert ist, die imstande sind, auf der lokalen Ebene keine Zerstörung des *Status quo* »von oben« zuzulassen, und es zweitens keine signifikanten Akteure gibt, die diesen *Status quo* »von unten« zerstören könnten. So gesehen ist es möglich, dass der zentralisierte subnationale Einparteien-Autoritarismus stabil ist. Die Erfahrung solcher Regime von Süditalien bis Mexiko zeigt, dass ihr Sturz eher durch den Zusammenbruch von nationalen Regimen und/oder Parteiensystemen möglich ist als durch interne Evolution auf der lokalen Ebene. Daher ist es wenig wahrscheinlich, dass der subnationale Autoritarismus kurzfristig gesehen schwächer wird oder von selber stürzt. Im Gegenteil, selbst eine mögliche potenzielle Liberalisierung und Demokratisierung des Regimes im Land als Ganzem garantiert keinen Sturz der lokalen Regime. Ein solcher Sturz wird nicht nur durch das historische Erbe der sowjetischen (und postsowjetischen) Periode, sondern auch durch das neue institutionelle Erbe der 1990er und insbesondere der 2000er Jahre erschwert.

Voraussichtlich werden sich die Regime des subnationalen Autoritarismus kurzfristig gesehen eher weiter festigen (wenn nicht sogar stagnieren), wenn das heutige russische nationale Regime erhalten bleibt. Gleichzeitig hängen sowohl die Möglichkeiten einer vollwertigen Demokratisierung des politischen Regimes im Land als Ganzem wie auch eine effektive Staatsordnung, die imstande ist, die Bedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung der Städte und Regionen Russlands zu schaffen, in vieler Hinsicht von den Perspektiven des subnationalen Autoritarismus in Russland ab.

Übersetzung aus dem Russischen: Irina Neumann

Analyse

Wer regiert?

Die Transformation der kommunalen politischen Regimes in Russland 1991 – 2009. Eine Elitenstudie

Von D.G. Selzer, Tambow

Zusammenfassung

Dieser Artikel analysiert die politische Transformation der kommunalen politischen Regimes (Rayon- und Stadtebene) im postsowjetischen Russland über eine Elitenstudie. Der Autor zeigt, wer in den Lokalverwaltungen Entscheidungen fällt. Die Führung der Rayon- und Stadtebene wurde durch Ernennungen (1991 – 1994/1996) und Wahlen (vier Wahlzyklen: 1994 – 1996; 1998 – 2001; 2003 – 2005; 2008 – 2010) gebildet. Welche Veränderungen geschehen in der Gruppe der Verwaltungschefs von Städten und Rayons? Inwieweit ist ihre Zusammensetzung stabil, oder auch nicht? Wer sind diese Menschen? Wer sind ihre Unterstützer? Unterstützungsfelder und wem sind sie verantwortlich? Der Autor versucht, diese und weitere Fragen zu beantworten.

»Wer regiert«

Die Frage »Wer regiert?« ist eine Kardinalfrage der internationalen Politikwissenschaft. Die besten empirischen Studien zu dieser Frage werden im Westen mit dem Material gemacht, das in Städten gesammelt wird. Ausländische Politologen haben auch die russischen Regionen »entdeckt«. Das Osteuropazentrum der Universität Hokkaido unter der Leitung von K. Matsuzato hat die russischen Kommunen gemeinsam mit russischen Forschern (darunter auch dem Autor dieses Artikels) systematisch analysiert.

Was die russische Forschung betrifft, werden die produktivsten Arbeiten zur Erforschung der Lokalpolitik von den Wissenschaftlern um Professor V.Ja. Gelman (Professor der Europäischen Universität St. Petersburg) erstellt. Allerdings ist die Kommunalpolitik das am wenigsten erforschte Gebiet der russischen Politik. Die in der Überschrift gestellte Frage (»Wer regiert?«) wird dabei unserer Ansicht nach nicht beantwortet.

Unsere Forschungsmethodik

1996 untersuchte der Autor dieses Artikels die Transformation der Verwaltungschefs der russischen Städte und Rayons. Er analysierte Dynamik und Stabilität der Zusammensetzung der Gruppe, die Wendungen des politischen Kampfes und die kollektiven Biografien der Akteure. Das Ergebnis war eine Monografie, Dutzende von Artikeln und eine Habilitation, »Die politische Transformation der Nomenklatura-Organisation der Verwaltung in Russland (kommunale Ebene, 1985 – 2005)«, die der Autor 2007 an der Moskauer Lomonossow-Universität verteidigte. Die Studie wurde in sie-

ben Regionen der Russischen Föderation durchgeführt: in vier Gebieten (Rjasan, Samara, Tambow und Uljanowsk) und in drei nationalen Republiken (Mordowien, Udmurtien und Tschuwaschien).

Welches sind die Ergebnisse?

Die Ernennungen des Jahres 1991

In den ersten Jahren nach 1991 wurden in Russland keine »konstituierenden Wahlen« durchgeführt. Das Zentrum unter Jelzin ernannte zuerst die Repräsentanten des Präsidenten, dann die Gouverneure; Letztere ernannten ihrerseits die Verwaltungschefs der Kommunen. Diese Ernennungen erfolgten unter Zeitdruck. Da in den Kommunen guter und verlässlicher Rückhalt fehlte, verliefen die Ernennungen nach dem Schema »mehr oder weniger«: An die Spitze der Kommunen gelangten Kader, die dem Zentrum gegenüber mehr oder weniger loyal waren. Die Ernennungen des Jahres 1991 ergaben folgende Resultate: ehemals Erste Sekretäre von Stadt- und Rayonkomitees der KPdSU – 16,6 %, Zweite Sekretäre – 1,0 %, Vorsitzende oder Stellvertretende Vorsitzende der Räte – 4,0 %, Vorsitzende oder Stellvertretende Vorsitzende der Exekutivkomitees der Räte – 54,8 %, Betriebsdirektoren – 17,6 %, andere – 6,0 %. Mit ungefähr 60 % der Verwaltungschefs dominierte also die sowjetische Nomenklatur. Eine Bewertung dieser Ergebnisse könnte so aussehen: Das neue System war kein vollständiger Nachfolger des alten. Es wurde keine bruchlose Transformation von Angehörigen der Parteinomenklatura in kommunale Verwaltungschefs zugelassen.

Der erste Wahlzyklus (1994 – 1996)

Die Wahlen waren emotionalisiert und standen ideologisch im Zeichen des Paradigmas »Kommunisten gegen Demokraten«. Von den gewählten Verwaltungschefs waren 13,6 % ehemalige Erste Sekretäre, 38,2 % kamen aus der sowjetischen und 48,2 % aus der Wirtschaftsnomenklatur. Es erfolgte nicht nur eine Umgruppierung der politischen Kräfte, sondern ein grundsätzlicher Umbruch aller politischen Vorstellungen. Das Volk stimmte zwar für die KPRF [Kommunistischen Partei der Russischen Föderation] und ihre Protegés, versagte der Nomenklatura der KPdSU [Kommunistischen Partei der Sowjetunion] aber ihr Vertrauen.

Der zweite Wahlzyklus (1998 – 2001)

Während des zweiten Wahlzyklus konsolidiert sich die pragmatische Elite, die den immanenten Konflikt und die Sackgasse der bipolaren politischen Konfrontation als lästig empfand, und verband sich zu starken Klans. Persönliche Bündnisse wurden zu einem mächtigen politischen Faktor. Der Anteil der Ersten Sekretäre unter den Verwaltungschefs ging auf 11,1 % zurück; es wurde deutlich, dass sie nicht an die Macht zurückkehren würden. Auch die sowjetische Nomenklatura verlor mit 25,6 % etwas an Boden, noch mehr aber die Wirtschaftsnomenklatura der Sowjetzeit (20,6 %). Die Gewinner der Wahl wurden mit 42,7 % außerhalb der Nomenklatura stehende Manager (schnell reich gewordene Agromomen, Brigadiere, Angehörige der Streitkräfte, Militäronom usw.).

Der dritte Wahlzyklus (2002 – 2005)

Der Anfang der Präsidentschaft Putins war durch den Beginn der Regierungsreform der »Vertikale« gekennzeichnet, durch kräftige Schläge des Zentrums gegen den Regionalismus. In dieser politischen Situation gingen die Vertreter der Parteienomenklatura auf 6,0 % zurück, die Vertreter der sowjetischen Nomenklatura auf 10,6 % und die der Wirtschaftsnomenklatura der Sowjetzeit auf 9,5 %. Außerhalb der Nomenklatura stehende Manager vergrößerten ihren Anteil auf 72,4 %. Die Wahlen Ende 2005 führten dazu, dass nicht nur alle Ersten Sekretäre, sondern alle, die irgendwann in der Nomenklatura waren, aus den Verwaltungen verschwanden.

Der vierte Wahlzyklus (2008 – 2010)

Zum Objekt unserer Forschungen wurde die Wahl der Verwaltungsspitzen in den Kommunen des Oblasts Tambow. Schauen wir uns die wichtigsten Ergebnisse der Analyse an:

Kontinuität. Von zehn Verwaltungschefs der Kommunen konnten sich drei halten (33,3 %). Damit waren 66,7 % neue Verwaltungschefs. Wir wollen keine voreiligen Schlüsse über den Beginn eines erdrutschartigen Wechsels der Kader im vierten Zyklus ziehen (obwohl dies möglicherweise der Fall ist). Unsere Daten müssen im Vergleich zu den Ergebnissen anderer Regionen empirisch geprüft werden, zumindest aber im Vergleich zu den übrigen Kommunen des Gebiets Tambow (die Wahlen finden im März 2010 statt). Die Umstände der Wechsel spielen eine wichtige Rolle.

Umstände der Ablösung. Nur in drei Fällen waren die Wahlen planmäßig; sieben Mal wurden sie vorzeitig durchgeführt. In der Mehrheit der Fälle wurden sie durch die Einleitung von Strafverfahren gegen die Verwaltungschefs der Kommunen verursacht.

Wer sind die Wahlsieger? Von den zehn Verwaltungschefs sind fünf die reichsten Menschen der Rayons. In Absprache mit der Verwaltung des Gebiets, die das Wahlverfahren kontrolliert, garantierten sie ihren eigenen Sieg. Die anderen sind städtische Beamte. Wer half ihnen, Verwaltungschef zu werden? Die Antwort ist einfach: die Wirtschaftselite, die Verwaltung des Oblasts und die eigene Erfahrung in der Verwaltung. Wie steht es um die Parteizugehörigkeit?

Parteizugehörigkeit. Dieser Faktor sollte nicht überbewertet werden. Die Parteien haben offensichtlich keine entscheidenden Funktionen, nicht einmal »Einiges Russland«. Das regionale Exekutivkomitee von »Einiges Russland« bestimmt oft die Kandidaten, die es unterstützt, erst nachdem der Gouverneur des Oblasts die Entscheidung gefällt hat. In einigen Rayons funktionierte die Parteidisziplin nicht. Manchmal konkurrierten Parteigrößen der örtlichen Abteilung von »Einiges Russland« gegeneinander. Nur 38 % der Kandidaten für die Posten der Regierungschefs der Kommunen gaben ihre Parteizugehörigkeit an. Dies waren Vertreter von »Einiges Russland« und »Gerechtes Russland«. Nicht alle Vertreter der Wirtschaftselite traten für »Einiges Russland« an. Unter den Kandidaten waren keine Mitglieder der KPRF. Der einzige Versuch eines Mitglieds der KPRF, sich [als Kandidat] zu registrieren, verlief erfolglos.

Die Verwaltung des Gebiets machte ausgiebigen Gebrauch von der Taktik der »Säuberung des Feldes« – in 15 Fällen (den Kandidaten wird die Registrierung verwehrt bzw. diese wird annulliert). Dieses geschah aus mehreren Gründen. Erstens wurde mit den Einwohnern der Hauptstadt hart verfahren, die gewohnt waren, mit ihrer Registrierung und darauffolgendem freiwilligen Rücktritt von der Registrierung als Kandidat viel Geld zu verdienen. Zweitens wurde einem Kandidaten von

»Gerechtes Russland« die Registrierung nicht gewährt, der sich mit der Unterstützung eines Geschäftsmans zur Wahl stellen wollte, der im Geiet der schärfste Kritiker des Gouverneurs ist. Übrigens erhielt dieser Kandidat das Etikett »Gerechtes Russland« von der [nationalen] Parteizentrale, der Tambower Parteiverband von »Gerechtes Russland« hatte ihn abgelehnt.

Personeller Wechsel bzw. personelle Stabilität innerhalb der Gruppe der kommunalen Verwaltungschefs: Versuch eines dynamischen Modells

Im Großen und Ganzen sieht der personelle Wechsel der Verwaltungschefs der Kommunen folgendermaßen aus (vgl. Grafik 1: Wechsel in der Besetzung von kommunalen Führungsposten).

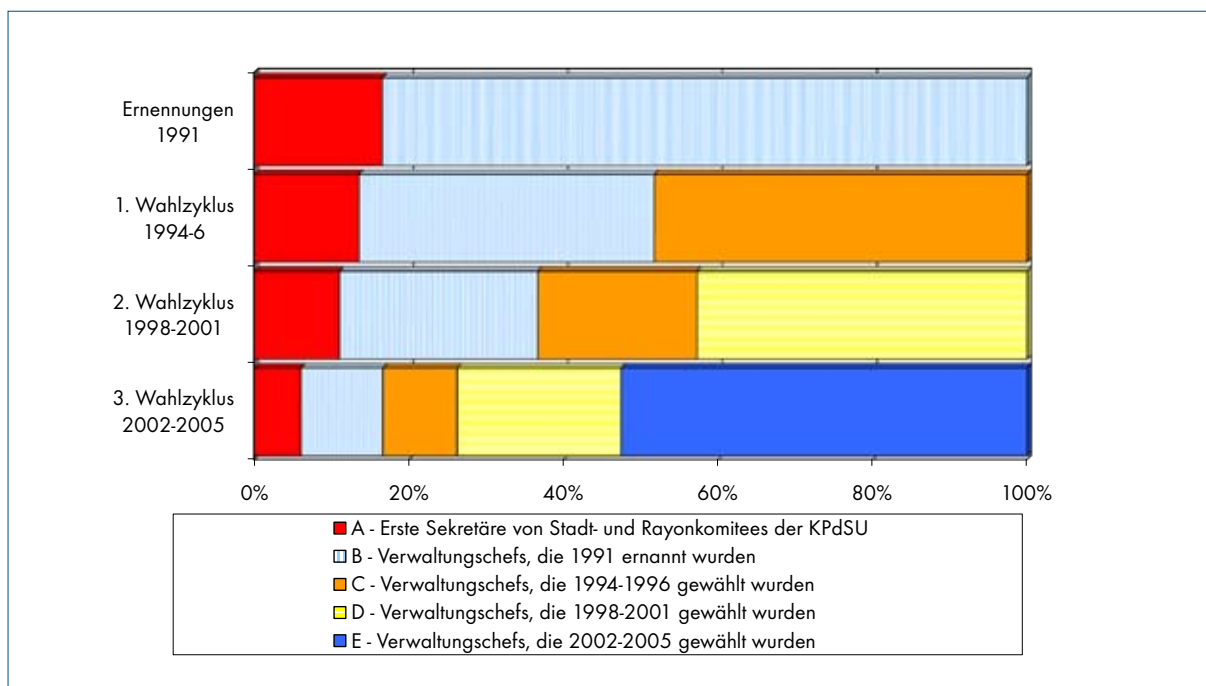
Der Anteil von Ersten Sekretären von Stadt- und Rayonkomitees der KPdSU (Nomenklatura der KPdSU; in der Grafik ist dies die Reihe A bzw. Spalte A) fällt auf 16,6 % und weiter auf 13,6 %, 11,1 % bzw. 6,0 %. Vor den Ereignissen des Jahres 1991 hatten sie etwa 94,0 % inne (187 Stadt- und Rayonkomitees in 199 Kommunen). 1985 – 1991 waren insgesamt 475 Menschen Erste Sekretäre der Stadt- und Rayonkomitees der KPdSU. Am Ende des dritten Wahlzyklus waren nur noch 12 [ehemalige] Erste Sekretäre an der Spitze der Verwaltungen von Städten und Rayons.

Auch diejenigen, die während der »Jelzinzeit« ernannt wurden (sowjetische Nomenklatura, die Mehrheit in Reihe B der Grafik 1), werden eindeutig immer weniger, auch wenn sie vor nicht allzu langer Zeit bis zu einem Viertel aller Verwaltungschefs der Kommunen stellten: Ihr Anteil fällt von 83,4 % über 38,2 % und 25,6 % auf 10,6 %. Nach dem dritten Wahlzyklus waren nur noch 21 aus dieser Gruppe übrig, nur wenig mehr als die Ersten Sekretäre.

Auch die Sieger des ersten Wahlzyklus erlebte eine katastrophale Verminderung ihres Anteils (Reihe C): von 48,2 % über 20,6 % auf 9,5 %. Dies ist noch schlechter als der Stand für die von Jelzin Ernannten (nach dem dritten Wahlzyklus verblieben von ihnen noch 19 auf ihren Posten). Die Erklärung hierfür ist ziemlich einfach: Es waren die Sieger der Wahlen, die im Zeichen des Paradigmas »Kommunisten gegen Demokraten« geführt wurden. Nachdem dieses Paradigma rasch verschwunden war, verschwanden auch die Wahlsieger. Unserer Ansicht nach waren dies zum großen Teil Leute, die zufällig an die Spitze der kommunalen Verwaltungen gelangt waren. Es handelte sich nicht mehr um die Partei- und sowjetische Nomenklatura, unter ihnen dominierten aber auch nicht die Manager.

Der Versuch der Gewinner der Wahlen 1998 – 2001 (Reihe D), ihre Position zu behaupten, gelang nicht: Ihr Anteil ging von 42,7 % auf 21,1 % zurück. Auseinandersetzungen zwischen den Klans führten zu einem Wech-

Grafik 1: Wechsel in der Besetzung von kommunalen Führungsposten



sel der kommunalen Verwaltungschefs; auch innerhalb eines Klans war die Rotation von Kadern eine völlig normale Erscheinung.

Der Einstand der »Neulinge« (Reihe E) war auf den ersten Blick mit 53,3 % eindrucksvoll, aber nur wenig besser als der Einstand der beiden vorherigen Kohorten und bedeutend schlechter als der Antritt der Kohorte B.

Zusammenfassend wurden durch die Wahlen jedes Mal ungefähr 50 % der Chefs der lokalen Selbstverwaltung ausgewechselt (Ernennung B – 83,4 %, Wahlen C – 48,2 %, D – 42,7 % und E – 51,3 %). Erinnern wir uns daran, dass der Anteil im vierten Zyklus, der jetzt beginnt, 66,7 % beträgt.

Fazit

Unsere Studie hat gezeigt, dass die folgenden Gruppen nacheinander die dominierende Position in der kommunalen Hierarchie des postsowjetischen Russland einnahmen:

- In der frühen Jelzinzeit: die sowjetische Nomenklatura (Vorsitzende der Stadt- und Rayonkomitees;
- Mitte der 1990er Jahre: die Wirtschaftsnomenklatura (Direktoren von Fabriken, Baukombinaten und Sowchosen, Kolchosvorsitzende);
- Ende der 1990er Jahre: Manager von außerhalb der Nomenklatura (Personen aus der Produktion, die zu Sowjetzeiten Positionen auf der dritten und vierten Ebene innehatten);
- 2000er Jahre: Manager von außerhalb der Nomenklatura (Außenseiter, die ihr Vermögen in den 1990er Jahren gemacht hatten) und kommunale Beamte.

Welches sind also die Ergebnisse der Elitentransformation im postsowjetischen Russland? Die Ereignisse des Jahres 1991 führten dazu, dass die zweite Reihe der Nomenklatura und in geringerem Maße die Intelligenzija an die Macht kam. Ab 1991 ändert sich das Personal der Regionalverwaltungen in bedeutendem Umfang. Gewinner der Wahlzyklen 1994 – 1996, 1998 – 2001 und 2002 – 2005 sind entideologisierte Akteure, die Ver-

bindungen zum Business und zu lokalen Gemeinschaften haben. Um sie herum bilden sich Klans, die durch gemeinsame Interessen und persönliche Abhängigkeiten zusammengehalten werden. Eine wichtige Tendenz der späten Jelzinjahre ist die Vereinigung von politischen und wirtschaftlichen Eliten und die Bildung von politischen und finanziellen Konglomeraten, die Anspruch auf die dominierende Rolle in der regionalen Politik und Wirtschaft erheben. Heute sind in den Kommunen Postnomenklatura-Klans an der Macht, die »ihre Leute«, in überwiegender Mehrheit Betriebsleiter, an die Macht bringen.

So lautet daher unsere Antwort auf die Frage »Wer regiert?«: formal Vertreter der Businesseliten oder von ihnen angestellte Manager, tatsächlich aber lokale Klans.

Robert Dahl hat einst in einer bahnbrechenden Studie ein subtiles Portrait der Eliten der amerikanischen Stadt New Haven gezeichnet. Dort waren nacheinander Aristokratie, Wirtschaftselite und »Ex-Plebejer« an der Macht. Man kann die Nomenklatura mit einer traditionellen Partei- bzw. sowjetischen Karriere gewissermaßen mit der »Aristokratie« gleichsetzen, die Manager der Mitte der 1990er Jahre mit der »Wirtschaftselite«, während die heutigen Verwaltungschefs in der lokalen Selbstverwaltung dieser traditionellen Logik zufolge sehr oft in der Tat als »Ex-Plebejer« bezeichnet werden können. Sie sind alle ehemalige Agronomen oder Ingenieure von Unternehmen, manchmal auch Ex-Milizionäre oder demissionierte Angehörige der Streitkräfte und sind bis Mitte der 1990er Jahre schnell reich geworden. Sie gelangten an die Spitze von Kommunen und schützten dabei die Interessen ihrer Unternehmen. Dies sind die tatsächlichen Herren der Kommunen. Ein anderer Typ des Verwaltungschefs ist der städtische Beamte, der meistens in Abstimmung mit der Regionalverwaltung von eben dieser Wirtschaftselite an die Macht gebracht wird.

Übersetzung aus dem Russischen: Irina Neumann

Über den Autor

Dmitrij Grigorjewitsch Selzer ist Doktor der Politikwissenschaft (Dr. habil) und Professor. Er ist Direktor der Akademie für humane und soziale Bildung der Staatlichen G.R.-Dershawin-Universität Tambow. Er ist der Autor von mehr als 100 Artikeln für internationale und russische Konferenzen.

Lesetipps

- J. Goode: The puzzle of Putin's gubernatorial appointments, in: Europe-Asia Studies, 59.2007, Nr. 3, S. 365–399.
- J.C. Moses: Who has led Russia?. Russian regional political elites, 1954 – 2006, in: Europe-Asia Studies, 60.2008, Nr. 1, S. 1–24.
- C. Ross: Local Politics and Democratization in Russia, London / New York: Routledge 2009 (= BASEES/Routledge Series on Russian and East European Studies), xiv, 270 S.
- J.F. Young; G.N. Wilson: The view from below: Local government and Putin's reforms, in: Europe-Asia Studies, 59.2007, Nr. 7, S. 1071–1088.

Dokumentation

Helden und Handlanger

Die Arbeit von Journalisten und Medien in den russischen Regionen

Von »Reporter ohne Grenzen«

Zusammenfassung

Viele russische Journalisten und Medien überleben nur durch finanzielle Zuwendungen regionaler Verwaltungen, Politiker und Unternehmer. Die wirtschaftliche Notlage übernimmt die Aufgabe einer Zensurbehörde. Wer sich jedoch durch umsichtige Finanzierungsmodelle wirtschaftlich unabhängig macht, kann sich auch inhaltliche Freiräume schaffen. Dies ist das Ergebnis eines Berichts zur Lage der Medienfreiheit in sieben ausgewählten Regionen. Dabei erweisen sich die Arbeitsbedingungen im Moskauer Gebiet, den Regionen Krasnodar, Perm, Primorje, Altai und den Gebieten Archangelsk und Swerdlowsk als sehr unterschiedlich.

Freiräume für kritischen Journalismus

Politische und ökonomische Bedingungen für kritischen Journalismus existieren außer in autoritär regierten Regionen wie Tatarstan, Baschkirien und dem Nordkaukasus oder den an Bodenschätzen reichen Regionen wie Tjumen oder Norilsk, wo Öl- und Gasgiganten wie Gazprom oder Lukoil die Medien kontrollieren, überall in Russland. »Der Kreml erlaubt eine unabhängige Presse in den Regionen«, ist Anna Koschman, Direktorin der »Allianz unabhängiger russischer Herausgeber« (ANRI), überzeugt. Tatsächlich hat »Reporter ohne Grenzen« kaum Fälle von direktem Kreml-Einfluss auf Medien in den Regionen gefunden.

Eine Tendenz ist seit Beginn der Putin-Ära unübersehbar: »Die Schwelle für Kritik ist höher geworden«, wie die Leiterin des von der Stiftung »New Eurasia« geförderten »Russian Independent Print Media Program« Maria Eismond feststellt. Die möglichen Freiräume sind dabei von Region zu Region unterschiedlich: »Die Situation der Pressefreiheit in ‚Primorje‘ wird immer dramatischer«, sagt etwa der Vorsitzende der Journalistenvereinigung in Fernost, Sergej Bulach. Ähnlich sieht es in der Olympiastadt Sotschi aus: Journalisten können dort von dem, was sich ihre Kollegen in Perm erlauben, nur träumen. So erzählt Anastasja Setschina, Ex-Chefredakteurin von »Echo Perm« und bis heute dessen Mitarbeiterin: »Wenn wir unsere Sendungen bei Journalisten-Wettbewerben einreichen, wundert man sich dort: Wieso habt ihr noch keine Probleme bekommen mit solch kritischen Beiträgen?«

Was heißt eigentlich »unabhängig«?

Die Vorstellung, Medien könnten einfach in »unabhängig« und »abhängig« oder gar »frei« und »unfrei« kategorisiert werden, erweist sich angesichts der russischen Realität schnell als unbefriedigend. Selbst im

Westen gern gebrauchte Bezeichnungen wie »oppositionell« oder »liberal« sind häufig unzulässige Vereinfachungen. Wichtiger ist vielmehr, wem ein Medium gehört und wie stark der Einfluss des Eigentümers sich auf die politische Ausrichtung des Mediums auswirkt. Es ergibt sich dabei folgende Unterscheidung:

- 1. Medien in staatlichem Besitz oder mit Einfluss des Staates über »Informationsverträge«
- 2. Medien in privatem Besitz, aber mit starkem Einfluss des Besitzers
- 3. Medien in privatem Besitz und ohne Eingriffe in die Berichterstattung

Viele regionale Zeitungen und ein Großteil der Radio- und Fernsehsender sind teilweise oder ganz in Besitz der Region, des Landkreises oder der Stadt. Diese Medien stehen bis heute meist in der sowjetischen Tradition, Verlautbarungsorgane der staatlichen Institutionen zu sein. Eine gewisse Sonderstellung nehmen die Regionalbüros der staatlichen russischen Rundfunkgesellschaft GTRK ein, die den einflussreichen Fernsehsender »Ros-sija« mit regionalen Beiträgen versorgen: Da die Finanzierung aus Moskau kommt, können sich die Chefredakteure in manchen Regionen eine gewisse Unabhängigkeit erhalten, wie das Beispiel Altai zeigt. Im Gebiet Krasnodar wurde dagegen der Chefredakteur des Senders entlassen, nachdem er sich geweigert hatte, die von der Pressestelle geschickten Beiträge auszustrahlen und sie auf Nachrichtenformat zurechtstutzte.

Aber auch ein Medium ohne staatliche Beteiligung betreibt nicht unbedingt unabhängigen Journalismus. »Reporter ohne Grenzen« hat mehrere Beispiele von Medien gefunden, in deren Impressum zwar kein Wort über den Bürgermeister oder den Gouverneur steht, die sich aber in ihrer Berichterstattung einseitig auf die Seite der Machtorgane geschlagen haben. Beispiele dafür sind etwa die Zeitung »Oka-Info« aus der Stadt Serpuchow

(Moskauer Gebiet) oder »Wolnaja Kuban« im Gebiet Krasnodar.

»Informationsverträge« als Instrument der Kontrolle

Das Instrument, das den Regierenden die Loyalität dieser nur pro forma unabhängigen Medien sichert, sind »Informationsverträge«: Der Vertrag des Bürgermeistersamtes Klin mit dem Fernsehkanal »Poisk TV« sieht beispielsweise eine Berichterstattung über die Tätigkeit der städtischen Organe von 960 Minuten pro Quartal vor. Den Auftraggebern wird dabei das Recht eingeräumt, »Empfehlungen zum Inhalt, zur künstlerischen und ästhetischen Qualität zu geben.« Zudem haben sie »jederzeit« das Recht, die Arbeit des Fernsehkanals zu überprüfen. Die Bedeutung dieser Verträge ist immens. Der Etat von »Primamedia«, dem Online-Marktführer im Gebiet Wladiwostok, bestand im letzten Jahr zu mehr als 50 Prozent aus den Einnahmen aus staatlichen Werbeverträgen.

Doch auch die »Opposition« – in den meisten Fällen eine Gruppe von Geschäftsleuten, die sich im Konflikt mit den Machtorganen befinden – schläft nicht: Sie gründet eigene Medien, um im Informationskrieg zu bestehen. Häufig stehen im Impressum dieser Zeitungen nicht die Namen der wahren Besitzer: Stattdessen präsentieren sich solche Blätter gerne als Sprachrohr einer Bürgerinitiative (wie die Zeitung »Soglasije i Prawda« in der Kleinstadt Klin), oder die Finanzierung des Mediums läuft gänzlich intransparent ab: So wurde die »Prawda Sewero-Sapada« in Archangelsk verdeckt von Strukturen des Oligarchen Oleg Deripaska finanziert.

Diese Gruppe von Medien ist im besten Fall als »oppositionell« zu bezeichnen, weil sie gegen den bestehenden Bürgermeister oder Gouverneur anschreiben. Allerdings ist das Niveau äußerst niedrig: Journalistische Prinzipien werden nur selten beachtet, denn das Ziel dieser Medien ist die Kompromittierung der politischen oder wirtschaftlichen Gegner. In manchen Orten wie der Stadt Serpuchow (Moskauer Gebiet) oder im Gebiet Altai liefern sich die verschiedenen Machtgruppierungen mit Hilfe eigener Medien eine regelrechte Schlacht um die öffentliche Meinung. Bei oberflächlicher Betrachtung entsteht so der Eindruck von Meinungspluralismus. In Wirklichkeit berichtet jedoch keines dieser Medien objektiv: Negative Informationen erscheinen immer nur über die »gegnerische« Seite.

Die dritte Gruppe bilden tatsächlich unabhängige Medien – mit dem Wort »unabhängig« ist in diesem Bericht unabhängig von den Interessen politischer Akteure, von Geschäftsleuten oder zivilgesellschaftli-

chen Organisationen gemeint. Beispiele dafür lassen sich trotz der harten Konkurrenz in allen untersuchten Regionen finden und widerlegen schon allein durch ihre Existenz, die Behauptung, dass Medien ohne staatliche Gelder nicht existieren könnten. Der größte Teil dieser Medien hat niemals auch nur einen einzigen Rubel aus Informationsverträgen mit staatlichen Stellen erhalten.

ANRI – Die Allianz der unabhängigen russischen Herausgeber

Bei den Printmedien haben sich seit 2004 mehr als fünfzig Regionalzeitungen zu einer »Allianz der unabhängigen russischen Verlage« (ANRI) vereinigt. Dazu gehört unter anderem die »Klinskaja Nedelja« (Moskauer Gebiet), die Zeitung »Swobodni Kurs« (Gebiet Altaj) oder auch die Ende 2007 von der WAZ-Gruppe gekaufte »Sloboda« in der Stadt Tula. Aber unabhängig von ANRI gibt es auch andere Medien in den russischen Regionen, die unter schwierigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen daran festhalten, sich von keinem der politischen oder wirtschaftlichen Akteure »kaufen« zu lassen.

Nach Schätzung von ANRI-Direktorin Anna Koschman existieren neben ihren Mitgliedern in ganz Russland noch etwa 20 weitere unabhängige Zeitungen. Die meisten weisen eine stabile Finanzierung auf. Ihre Herausgeber haben meist kleine Verlage gegründet, deren Flaggschiff die Zeitung ist, aber das meiste Geld wird mit »unpolitischen« Druckerzeugnissen wie Hochglanzmagazinen, Werbezeitungen, Rentnermagazinen, Kalendern oder Büchern verdient. Im hohen Norden, dem wirtschaftlich äußerst schwachen Gebiet Archangelsk, gibt beispielsweise Wjatscheslaw Bjelousov die Zeitung »Wetscherni Sewerodwinsk« heraus. Seine Unabhängigkeit kann er sich leisten, weil er den Verdienst mit russlandweit erscheinenden, politikfreien Zeitschriften wie der »Pensionerskaja Prawda« sichert.

Mediale Einzelkämpfer

Eine eigene Gruppe bilden die medialen »Einzelkämpfer«, die zumeist Anfang der 1990er Jahre entstanden sind und deren Geschäftsmodell sich seither nur wenig geändert hat: Die Zeitung stellt meist ihre einzige Verdienstmöglichkeit dar. Diese Blätter stehen finanziell oft auf wackeligen Beinen und leben vor allem von Idealismus und Selbstausschöpfung ihrer Mitarbeiter. So lässt sich die Zeitung »Arsenjewskije Westi« aus Wladiwostok trotz der politischen und wirtschaftlichen Grabenkämpfen in der Region nicht in die Konfrontation mit hineinziehen, sondern berichtet erstaunlich neutral und dennoch scharf und kritisch. In der jüngsten regionalen

Statistik der Leserzahlen landete das Blatt immerhin auf dem dritten Platz, was jedoch wenig an der wirtschaftlichen Schieflage des Blattes ändert.

»Unabhängige Zeitungen haben mehr Möglichkeiten als Radio oder Fernsehen«, sagt Medienexpertin Eismond. In den finanzintensiveren Medien Fernsehen und Radio hat »Reporter ohne Grenzen« eine geringere Vielfalt gefunden: Meist dominieren die aus dem staatlichen oder regionalen Budget finanzierten Kanäle, in mehreren Regionen wurden in den letzten Jahren bislang unabhängige Kanäle von der herrschenden Machtclique aufgekauft. Eine positive Ausnahme bildet der private und unabhängige »4. Kanal« in Jekaterinburg (Gebiet Swerdlowsk). Die Zahl der unabhängigen Radiosender ist noch etwas höher: »Echo Moskwy Jekaterinburg« oder »Radio Lemma« in Wladiwostok sind solche Beispiele.

Über den Herausgeber

»Reporter ohne Grenzen« ist eine internationale Organisation zur Verteidigung der Pressefreiheit. Die deutsche Sektion mit Sitz in Berlin hat im Sommer 2009 die Moskau-Korrespondenten Moritz Gathmann, André Ballin, Mareike Aden, Erik Albrecht und Florian Willershausen als Rechercheure und Autoren beauftragt. Redaktion: Gemma Pörzgen

Lesetipp

- Der vollständige 84seitige ROG-Atlas »Helden und Handlanger. Die Arbeit von Journalisten und Medien in den russischen Regionen« findet sich im Internet unter: www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2009/ROG-Atlas.pdf
- Die englische Zusammenfassung des ROG-Atlas: www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/pdf/Atlas_engl.pdf
- Die russische Zusammenfassung: www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/pdf/Atlas_russ.pdf
- Kaukasus-Bericht nach einer Recherche von Reporter ohne Grenzen im Frühjahr 2009 nach Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan: www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/rte/docs/2009/Kaukasus_Bericht.pdf

Liste der 22 seit März 2000 in Russland getöteten Journalisten

2000	Aleksander Jefremow	Nasche Wremja
	Igor Domnekow	Nowaja Gaseta
	Sergei Nowikow	Wesna
	Adam Tepsurgajew	Reuters
2001	Wiktor Popkow	freier Journalist / Nowaja Gaseta
	Eduard Markewitsch	Novi Reft
	Sergej Kalinowski	Moskowski Komsomolets
2002	Natalia Skryl	Nasche Wremja
	Valeri Iwanow	Toljattinskoje Obosrenije/ Lada TV
	Roderick John Scott	freier Journalist
2003	Alichan Gulijew	TV Zentr / Kommersant
	Alexei Sidorow	Toljattinskoje Obosrenije

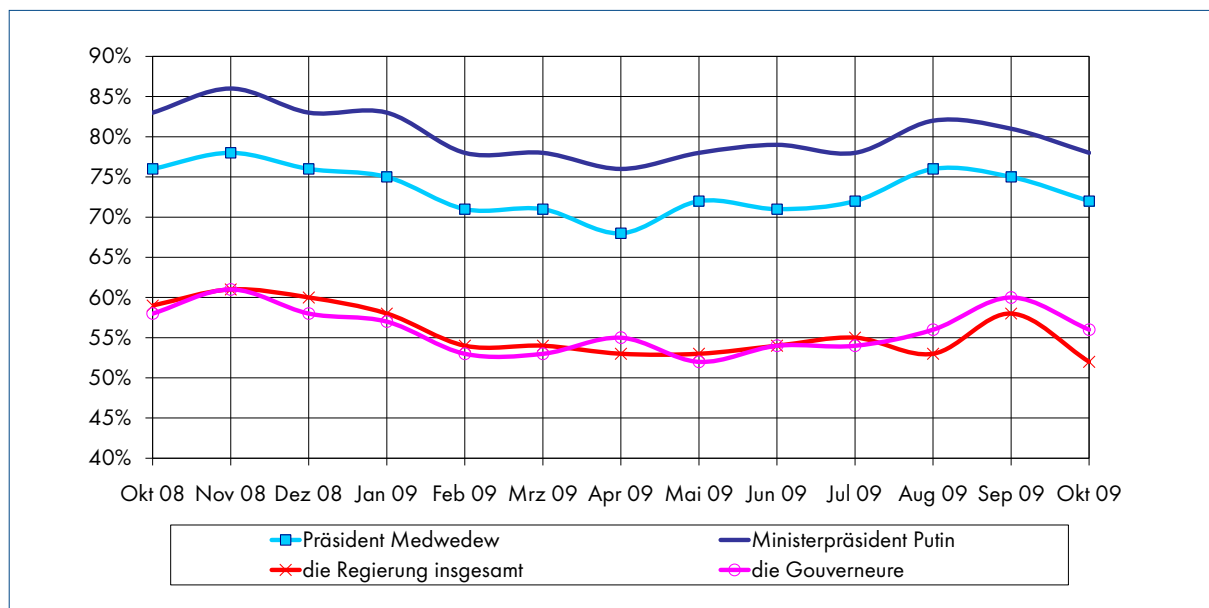
Das Internet hat sich in den letzten Jahren auch in den russischen Regionen zu einem viel genutzten Medium entwickelt: Allerdings sind die Verdienstmöglichkeiten bislang sehr gering, deshalb veröffentlichen die meisten Medien hier nur Informationen aus anderen Quellen. Auch die Glaubwürdigkeit von Online-Zeitungen ist bislang gering: Dmitri Poljanin, der Vorsitzende des Journalistenverbands im Gebiet Swerdlowsk, schätzt, dass im Internet bis zu 80 Prozent des Inhalts »bezahlte« PR-Artikel sind. Auch wenn ein Großteil der Russen Online-Tagebücher führen und in Social Communities aktiv sind: Politisch einflussreiche Blogger waren in keiner der untersuchten Regionen zu finden.

2004	Adnan Chasanow	Reuters
	Paul Klebnikow	Forbes
2005	Pawel Makeew	Puls TV (in Asow)
	Magomedsgid Warisow	Nowoje Delo
2006	Ilja Simin	NTV
	Anna Politkowskaja	Nowaja Gaseta
2008	Magomed Jewlojew	Inguschetia.ru
2009	Anastasia Baburowa	Nowaja Gaseta
	Wjatscheslaw Jaroschenko	Korupzija i Kriminal
	Natalia Estemirowa	Nowaja Gaseta / Organisation MEMORIAL

Umfrage

Präsident, Regierung und Gouverneure – unterschiedliche Ratings

Wie bewerten Sie die Arbeit folgender Personen bzw. Institutionen? (Oktober 2008 – Oktober 2009) (Anteil der Befragten, die positive Wertungen abgeben)



Die Ratings der russischen Regierung und die Lage im Land (Oktober 2008 – April 2009)

	Okt. 2008	Nov. 2008	Dez. 2008	Jan. 2009	Feb. 2009	März 2009	Apr. 2009
<i>Bewegt sich das Land in die richtige oder in die falsche Richtung?</i>							
In die richtige Richtung	54 %	49 %	43 %	43 %	41 %	41 %	43 %
In die falsche Richtung	27 %	30 %	40 %	34 %	40 %	39 %	36 %
Keine Antwort	19 %	22 %	18 %	23 %	19 %	20 %	21 %
<i>Wie bewerten Sie die Tätigkeit Dmitrij Medwedews als Präsident Russlands?</i>							
Positiv	76 %	78 %	76 %	75 %	71 %	71 %	68 %
Negativ	18 %	17 %	21 %	22 %	26 %	25 %	27 %
Residuum	6 %	4 %	4 %	4 %	4 %	4 %	5 %
<i>Wie bewerten Sie die Tätigkeit Vladimir Putins als Ministerpräsident Russlands?</i>							
Positiv	83 %	86 %	83 %	83 %	78 %	78 %	76 %
Negativ	14 %	12 %	15 %	14 %	20 %	20 %	21 %
Residuum	4 %	2 %	2 %	3 %	2 %	2 %	3 %
<i>Wie bewerten Sie die Tätigkeit der russischen Regierung?</i>							
Positiv	59 %	61 %	60 %	58 %	54 %	54 %	53 %
Negativ	35 %	35 %	36 %	38 %	43 %	42 %	42 %
Residuum	6 %	4 %	4 %	4 %	3 %	2 %	5 %
<i>Wie bewerten Sie die Tätigkeit des Gouverneurs Ihrer Region (bzw. des Präsidenten Ihrer Republik; in Moskau: des Bürgermeisters von Moskau)?</i>							
Positiv	58 %	61 %	58 %	57 %	53 %	53 %	55 %
Negativ	36 %	35 %	39 %	39 %	44 %	43 %	40 %
Residuum	6 %	4 %	3 %	4 %	3 %	4 %	5 %

Mai – Oktober 2009 auf der nächsten Seite

 Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt 22.10.2009; <http://www.levada.ru/press/2009102207.html>

Die Ratings der russischen Regierung und die Lage im Land (Mai 2009 – Oktober 2009)

	Mai 2009	Juni 2009	Juli 2009	Aug. 2009	Sept. 2009	Okt. 2009
<i>Bewegt sich das Land in die richtige oder in die falsche Richtung?</i>						
In die richtige Richtung	42 %	44 %	48 %	44 %	49 %	49 %
In die falsche Richtung	39 %	40 %	35 %	36 %	33 %	34 %
Keine Antwort	19 %	15 %	17 %	20 %	18 %	17 %
<i>Wie bewerten Sie die Tätigkeit Dmitrij Medwedews als Präsident Russlands?</i>						
Positiv	72 %	71 %	72 %	76 %	75 %	72 %
Negativ	23 %	27 %	23 %	22 %	23 %	24 %
Residuum	5 %	3 %	5 %	3 %	3 %	3 %
<i>Wie bewerten Sie die Tätigkeit Vladimir Putins als Ministerpräsident Russlands?</i>						
Positiv	78 %	79 %	78 %	82 %	81 %	78 %
Negativ	18 %	19 %	19 %	16 %	18 %	20 %
Residuum	4 %	2 %	3 %	2 %	1 %	2 %
<i>Wie bewerten Sie die Tätigkeit der russischen Regierung?</i>						
Positiv	53 %	54 %	55 %	53 %	58 %	52 %
Negativ	42 %	43 %	41 %	44 %	39 %	44 %
Residuum	5 %	3 %	4 %	3 %	4 %	4 %
<i>Wie bewerten Sie die Tätigkeit des Gouverneurs Ihrer Region (bzw. des Präsidenten Ihrer Republik; in Moskau: des Bürgermeisters von Moskau)?</i>						
Positiv	52 %	54 %	54 %	56 %	60 %	56 %
Negativ	43 %	42 %	41 %	41 %	38 %	40 %
Residuum	5 %	4 %	5 %	4 %	3 %	4 %

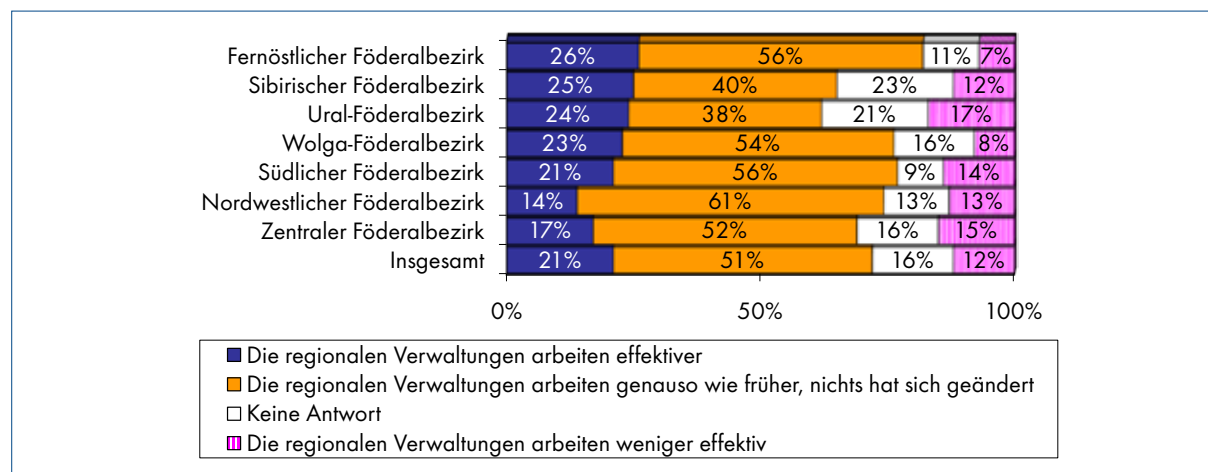
Oktober 2009 – April 2009 auf der vorherigen Seite

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt 22.10.2009; <http://www.levada.ru./press/2009102207.html>

Soll man Gouverneure wählen?

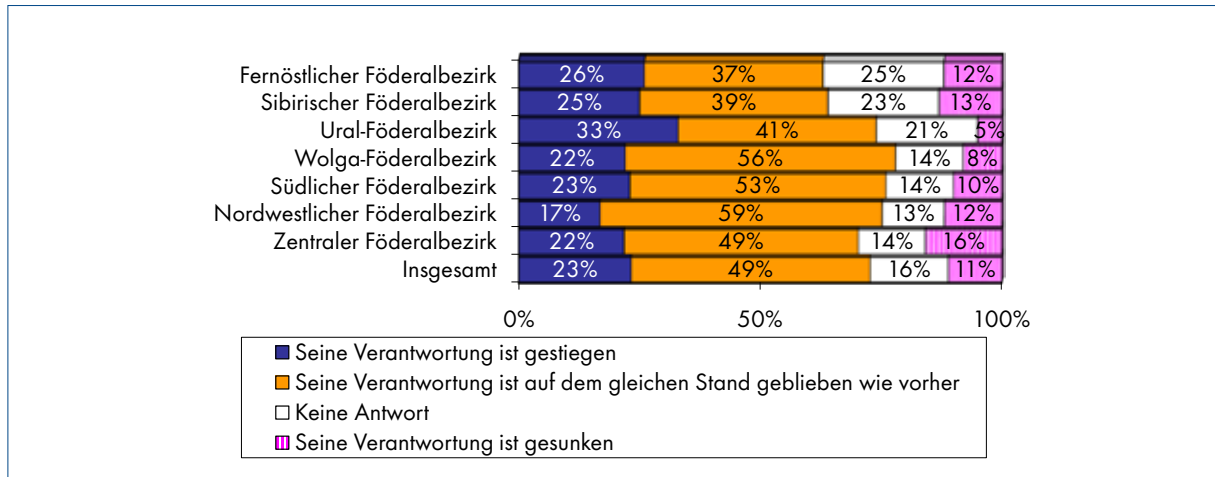
Seit 2004 werden Gouverneure nicht mehr von der Bevölkerung gewählt, sondern auf Vorschlag des Präsidenten von den regionalen Präsidenten bestimmt. Die Umfrage des WZIAM fragt nach den Folgen für die Verwaltungseffektivität.

Arbeiten die Verwaltungen Ihrer Region nach der Abschaffung der Direktwahlen für das Amt des Gouverneurs effektiver oder so wie früher?



Quelle: Umfrage des WZIAM vom 5.–6.09.2009 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12537.html>

Ist die Verantwortlichkeit des Gouverneurs gegenüber der Bevölkerung unserer Region nach der Abschaffung der Direktwahlen gestiegen oder gesunken?



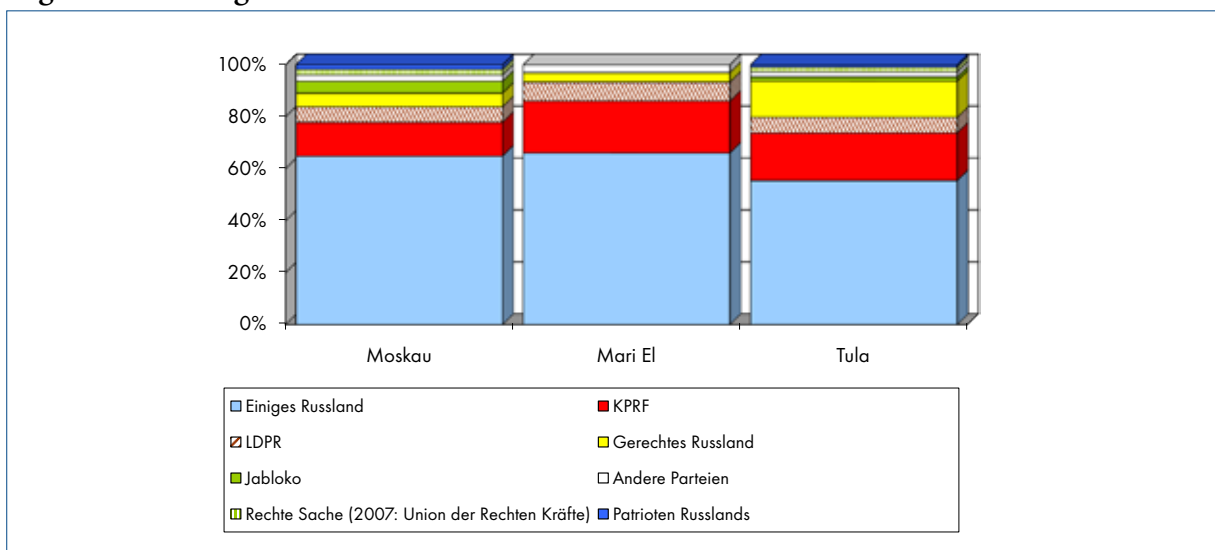
Quelle: Umfrage des WZIAM vom 5.–6.09.2009 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12537.html>

Dokumentation

Die Regionalwahlen am 11. Oktober 2009

Am 11.10.2009 fanden in drei Föderationssubjekten (Republik Mari El, Gebiet Tula, Stadt Moskau) und in vielen Städten und Gemeinden in ganz Russland Wahlen statt. Praktisch überall setzte sich die Partei »Einiges Russland« mit überwältigender Mehrheit durch. Überall wurden aber auch Vorwürfe über Manipulationen und direkte Fälschungen laut. Selbst in Moskau ist es offenbar zu dreisten Eingriffen in den Abstimmungsprozess gekommen. So gab es in dem Wahllokal, in dem der Vorsitzende des Partei Jabloko, Mitrochin, mit seiner Familie abstimmte, keine einzige Stimme für Jabloko. In den russischen Medien wurden diese Praktiken heftig kritisiert.

Ergebnisse der Regionalwahlen am 11.10.2009



Wahlen zur Moskauer Stadtduma. Vorläufige Ergebnisse

	Regionalwahlen, Okt. 2010		Zum Vergleich: Dumawahlen 2007	
	Stimmen	in %	Stimmen	in %
Wahlberechtigte	7.009.468		7.172.454	
Ungültige Stimmen	61.125		57.893	
Gültige Stimmen	2.410.483		3.893.445	
<i>Parteien</i>				
LDPR	151.498	6,13 %	282.411	7,15 %
Patrioten Russlands	44.746	1,81 %	54.709	1,38 %
Einiges Russland	1.637.403	66,25 %	2.138.803	54,13 %
KPRF	328.641	13,30 %	544.107	13,77 %
Gerechtes Russland	131.842	5,33 %	303.484	7,68 %
Jabloko	116.353	4,71 %	222.066	5,62 %
Andere Parteien	61.125	2,47 %	405.758	10,27 %
<i>Wahlbeteiligung</i>		35,26 %		55,09 %

Quelle Regionalwahl: http://www.moscow_city.vybory.izbirkom.ru/region/region/moscow_city?action=show&root=1&tvd=2772000268687&vrn=2772000268682®ion=77&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=0&vibid=2772000268687&type=379, 1.11.2009

Quelle Dumawahl: http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100021960186&vrn=100100021960181®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100021960186&type=233, 10.12.2007

Wahlen zur Staatsversammlung der Republik Mari El. Endergebnis

	Regionalwahlen, Okt 2010		Zum Vergleich: Dumawahlen 2007	
	Stimmen	in %	Stimmen	in %
Wahlberechtigte	543.601		541.761	
Ungültige Stimmen	9.363		4.258	
Gültige Stimmen	309.322		421.197	
<i>Parteien</i>				
Einiges Russland	205.697	64,55 %	287.333	67,54 %
LDPR	22.942	7,20 %	31.992	7,52 %
Rechte Sache (2007: Union der Rechten Kräfte)	7.023	2,20 %	2.673	0,63 %
Gerechtes Russland	11.433	3,59 %	27.208	6,40 %
KPRF	62.227	19,53 %	45.046	10,59 %
Andere Parteien	9.363	2,94 %	31.203	7,33 %
<i>Wahlbeteiligung</i>		58,62 %		78,53 %

Quelle Regionalwahl: http://www.mari-el.vybory.izbirkom.ru/region/region/mari-el?action=show&root=1&tvd=2122000192596&vrn=2122000192591®ion=12&global=&sub_region=0&prver=0&pronetvd=0&vibid=2122000192596&type=379, 26.10.2009

Quelle Dumawahl: http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100021960186&vrn=100100021960181®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100021960186&type=233, 10.12.2007

Wahlen zur Gebietsduma von Tula. 5. Legislaturperiode. Endergebnis

	Regionalwahlen, Okt 2010		Zum Vergleich: Dumawahlen 2007	
	Stimmen	in %	Stimmen	in %
Wahlberechtigte	1.271.058		1.308.159	
Ungültige Stimmen	10.647		7.150	
Gültige Stimmen	525.504		737.160	
Parteien				
Einiges Russland	297.042	55,40 %	459.366	61,72 %
KPRF	98.288	18,33 %	99.624	13,38 %
Rechte Sache (2007: Union der Rechten Kräfte)	10.203	1,90 %	5.802	0,78 %
Gerechtes Russland	74.996	13,99 %	72.773	9,78 %
Patrioten Russlands	4.309	0,80 %	7.669	1,03 %
LDPR	32.193	6,00 %	53.063	7,13 %
Jabloko	8.473	1,58 %	12.919	1,74 %
Andere Parteien	10.647	1,99 %	33.094	4,45 %
Wahlbeteiligung		42,18 %		56,90 %

Quelle Regionalwahl: <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/izbirkom?action=show&vrn=2712000269976®ion=71&prver=0&pronetvd=null>, 26.10.2009

Quelle Dumawahl: http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100021960186&vrn=100100021960181®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=null&vibid=100100021960186&type=233, 10.12.2007

Pressestimmen

Die Wahlen in Moskau und den Regionen

Wedomosti (Moskau), 14.10.2009

Von der Redaktion: der Preis des Autoritarismus

Die Wahlen zur Moskauer Stadtduma ähneln sehr dem Vorhaben, den Turm »Ochta zentra« [den sogenannten »Gasprom-Turm«, der die Stadtsilhouette gravierend verändert] in St. Petersburg zu bauen.

Das Ergebnis der Wahl ist, dass »Einiges Russland« 66,26 % und den Sieg in allen Einmandats-Wahlkreisen davongetragen hat und 32 von 35 Sitzen im neuen Parlament erhalten wird. Drei Sitze gehen an die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF), die, wie auch diejenigen Parteien, die überhaupt keine Mandate erhalten haben, das Wahlergebnis wegen massiver Wahlverletzungen anfechten will. Alle bewegt aber nur eine Frage: Warum wurde die administrative Ressource eingesetzt, wenn »Einiges Russland« allen Umfragen zufolge auch so mit einem klaren Vorsprung gewonnen hätte (Soziologen prognostizierten ihr einen Stimmenanteil von 44 % - 55 %)?

Die Diskussion um den 400 Meter hohen Turm »Ochta zentra« setzt sich fort, obwohl die Entscheidung zu seinem Bau schon gefällt worden ist. Trotz städtebaulicher Begrenzungen, Protesten von Experten und Bürgern (laut einer Umfrage des WZIOM ist jeder zweite Petersburger gegen den Bau), wurde entschieden, den Turm zu bauen, wozu der Smolnyj [Sitz der Gouverneurin von St. Petersburg] die städtischen Gesetze ein wenig korrigierte.

Worin besteht denn nun die Ähnlichkeit?

In beiden Fällen wurde die administrative Ressource in bedeutendem Umfang eingesetzt. Im Fall des Turms haben wir das ästhetische Motiv des Präsidenten von Gasprom, der die Entwicklung seiner Geburtsstadt sieht und dem innerhalb der Firma niemand widersprechen darf. Im Fall Moskaus haben wir das Motiv, den angeblich wackelnden Stuhl von Jurij Lushkow zu sichern, sowie die künstlich die Bedeutung der Partei »Einiges Russland« zu erhöhen. Warum sollte die Bedeutung der Partei der Macht vergrößert werden? Da es, wenn es keine Konkurrenz gibt, nicht möglich ist, die Bedeutung dieser Partei zu definieren. Es müssen »neue Höhen« erfunden werden und diese um jeden Preis erreicht werden. Ein interessanter Effekt: Wenn in den 1990er Jahren Wahlverletzungen durch den Eifer des Gefechts bedingt waren und zu Anfang der 2000er Jahre weniger wurden, weil es weniger Konkurrenz gab, sehen wir jetzt, wo »Einiges Russland« allein übriggeblieben ist, wieder mehr Wahlverletzungen.

Je weniger Konkurrenz es gibt, desto mehr Wahlverletzungen gibt es und desto teurer werden die Wahlen (weil die administrative Ressource Geld, Zeit und Arbeitsaufwand kostet). Das Gleiche trifft auch auf den Turm zu, es gibt keine Konkurrenz, kein Feedback, dafür aber gewaltige Ausgaben, um das Projekt durchzusetzen.

Die administrative Ressource, die für die Imitation von demokratischen Prozeduren in Gang gesetzt wird, vergrößert die Ausgaben. Eine echte Demokratie wäre billiger.

Quelle: www.vedomosti.ru/newspaper/article/2009/10/14/216315

Nowaja gaseta, 11.10.2009

»Jabloko« stellt das »Karrussell« bei den Wahlen in Moskau fest

Lola Tagaewa

In vielen Stadtteilen Moskaus stellte der Wahlkampfstab von »Jabloko« fest, dass Autobusse für die am sogenannten »Karrussell« Beteiligten arbeiteten. Das »Karrussell« ist eine bekannte Technik zur Wahlfälschung, bei der für diese Aktion gemietete Personen mehrmals abstimmen und von Wahllokal zu Wahllokal gefahren werden. Die Busse wurden in Begowoj, Sawelowskij, Marina Roschtscha, Sewernoe Medwedkowo, auf dem Arbat und Presnja und an anderen Orten bemerkt.

In den Worten des Pressesekretärs des Moskauer »Jabloko«-Verbandes, Igor Jakowlew, konnten die Mitarbeiter des Wahlkampfstabes ermitteln, dass die am »Karrussell« Beteiligten einen kleinen Kalender mit einer Matrjoschka oder weiße Streifen in den Personalausweis legen, als Signal, damit die Kommissionsmitglieder ihnen den Stimmzettel geben.

[...]

Nach der Meinung Jakowlews beteiligen sich Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane aktiv an den Wahlfälschungen. Bei der Metrostation »Tretjakowskaja«, unweit des Parteibüros von »Jabloko«, hielten Milizionäre – ein Sergeant und ein Leutnant – vor den Augen von Mitarbeitern des Wahlkampfstabes einen Passanten zu einer angeblichen Identitätskontrolle an und händigten ihm dann einen Paken Wahlzettel und eine Liste von Wahllokalen aus.

[...]

Quelle: <http://www.novayagazeta.ru/news/659741.htm>

Komsomolskaja Prawda, 13.10.2009

Das Parlament Moskaus ist neu, die Diener des Volkes sind die alten

Die Zusammensetzung des Parlaments ändert sich nach den Wahlen fast gar nicht

Nikita Mironow

Anscheinend interessiert sich die Mehrheit der Moskauer nicht für die Moskauer Stadtduma. Am Sonntag schafften lediglich 34,9 % der Wähler den Weg zu den Wahlurnen, also jeder Dritte. Folglich müssen zwei Drittel gedacht haben, dass die »Volksvertreter« auch ohne sie gewählt werden. Und sie wurden gewählt. In der Duma werden nur »Einiges Russland« [...] und die KPRF [...] sitzen. [...] Alle Verlierer sprachen (wie üblich) von »einer Vielzahl von Wahlverlet-

zungen« während der Abstimmung, so sollen z. B. massenweise Stimmzettel in die Wahlurnen geworfen worden sein, die im Namen von Personen, die nicht abgestimmt hatten, ausgefüllt worden waren, es sollen Personen, die nicht im Wahlkreis gemeldet waren und keinen Abmeldeschein hatten, abgestimmt haben, usw.

Unter den Unzufriedenen sind auch sehr hochgestellte Persönlichkeiten. Der Sprecher des Föderationsrates Sergej Mironow bezweifelt z. B., dass seine Partei »Gerechtes Russland« weniger als 5 % erreicht hat [*in Russland gilt eine 7 %-Hürde*].

»Wir hatten die Ergebnisse von Befragungen von Wählern unmittelbar nach der Stimmabgabe, in denen gänzlich andere Zahlen erscheinen«, erklärte der Sprecher. »Daher hegen wir ernste Zweifel hinsichtlich des Wahlergebnisses«.

Die Vertreter von »Jabloko« nannten die Wahlen eine »Parodie« und erklärten, das Ergebnis »bis zur letzten Instanz« anfechten zu wollen. Der stellvertretende Leiter der Moskauer Wahlkommission, Alexander Bobytschew, erklärte allerdings, »dass uns noch kein Dokument vorgelegt wurde, das Wahlverletzungen bestätigt«.

[...] Es ist schon jetzt sicher, dass die Mehrheit der neuen Abgeordneten, darunter auch der Sprecher der Moskauer Stadtduma Platonow, alte Bekannte sind, d. h., Abgeordnete, die auch im letzten Parlament gesessen haben.

Übrigens hat der Bürgermeister von Moskau, Jurij Lushkow, schon erklärt, dass er sein Abgeordnetenmandat nicht wahrnehmen wird, obwohl er auf der Liste von »Einiges Russland« gewählt wurde.

»Ich bin Manager und kein Politiker«, erklärte der Bürgermeister bescheiden.

Quelle: www.kp.ru/daily/24376/557611/

Kommersant, 13.10.2009

Die OMON sammelte die Gegenstimmen

In Moskau wurde eine Demonstration von Menschen, die mit dem Wahlergebnis unzufrieden sind, auseinandergetrieben

Andrej Kosenko

Gestern Abend wurden im Zentrum Moskaus mehr als 30 Personen verhaftet, die gegen das ihrer Meinung nach gefälschte Ergebnis der Wahl zur Moskauer Stadtduma protestierten. Die mit der Auszählung der Stimmen Unzufriedenen versuchten, Stimmzettel zu verbrennen, die von Wahllokalen mitgenommen worden waren. Die Aktion, zu der beim Puschkin-Denkmal mehr als hundert Menschen zusammengekommen waren, wurde von einem zahlenmäßig überlegenen OMON-Kontingent mit Härte auseinandergetrieben.

[...]

Quelle: <http://www.kommersant.ru/doc.aspx?DocsID=1254746>

Komsomolskaja Prawda, 22.10.2009

Die Ergebnisse der Wahl zur Moskauer Stadtduma wurden für einen Wahlkreis gerichtlich annulliert

Bis jetzt betrifft es nur den Wahlkreis Nr. 192 in Chamowinki

Das Chamowinki-Gericht der Stadt Moskau verpflichtete heute die Wahlkommission [des Wahlkreises], die abgegebenen Stimmen für den Wahlkreis Nr. 192 neu auszuzählen. Wir erinnern, dass dort der Abgeordnete der Moskauer Stadtduma Sergej Mitrochin für die Partei »Jabloko« gestimmt hatte, die Wahlkommission des Wahlkreises hatte aber die Stimme von Mitrochin bei der Auszählung einfach ... »nicht bemerkt«! Der Kommission zufolge hatte in diesem Wahlkreis überhaupt niemand für die Liberalen gestimmt.

Mitrochin zog vor Gericht und gewann – überraschenderweise. Jetzt werden die Stimmen im Wahlkreis Nr. 192 neu ausgezählt. [...]

Quelle: <http://www.kp.ru/online/news/559488/>

Iswestija, 24.10.2009

Die in Moskau gefundenen Stimmzettel haben »Jabloko« ermutigt und einen Präzedenzfall geschaffen

Sechzehn Stimmen für die Partei »Jabloko«, die im Wahlkreis in Moskau gefunden wurden, in dem ihr Vorsitzender Sergej Mitrochin abstimmte und in dem vorher keine einziger Stimmzettel für diese Partei entdeckt worden war, haben der Partei »Jabloko« Hoffnungen gemacht, die eine Neuauszählung aller Stimmen fordern wollen, haben dazu geführt, dass der Vorsitzende der Wahlkommission des Wahlkreises zur juristischen oder administrativen Verantwortung gezogen wird und haben nach Meinung von Experten in der Wahlprozedur einen ernsthaften Präzedenzfall für die Neuauszählung von Stimmen geschaffen.

[..]

Ein unerwarteter Fund

[...] Die verlorenen Stimmen für »Jabloko« wurden im allgemeinen Ordner gefunden, in dem sich die Stimmzettel für alle Parteien außer »Einiges Russland« befanden.

[...] Es gab insgesamt 1.620 Stimmzettel für die Wahl in [diesem] Wahlkreis. [...]

[...] Die Neuauszählung der Stimmen hatte überhaupt keinen Einfluss auf das Ergebnis für die Regierungspartei. [...] Die Kommunisten erlitten die größten Verluste durch diese Kontrolle – hatten sie zuerst 87 Stimmen gehabt, so blieben ihnen jetzt noch 67. Außerdem verringerte sich das Ergebnis für »Gerechtes Russland« um zwei Stimmen, von 29 auf 27. Darüber hinaus wurden drei Stimmen für die LDPR und eine für die »Patrioten Russlands« gefunden, nachdem es vorher geheißen hatte, dass in diesem Wahlkreis niemand für diese beiden Parteien gestimmt hatte.

[..]

Quelle: <http://www.izvestiya.ru/news/news219158>

Nowaja gaset, 26.10.2009

Nicht die Wahlen, sondern die Wahlurnen werden transparent

Der Präsident gab zu verstehen: Es ist keine Überprüfung des Wahlergebnisses zu erwarten

Ilja Kriger

Am Samstag traf Präsident Dmitrij Medwedew Vertreter von Parlamentsparteien, die um eine Audienz gebeten hatten, um das skandalöse Wahlergebnis vom 11.10.2009 zu erörtern.

Wir erinnern daran, dass am 14.10.2009 Abgeordnete von drei Parteien (KPRF, Liberaldemokratische Partei Russlands (LDPR) und »Gerechtes Russland«) demonstrativ den Sitzungssaal der Staatsduma als Zeichen des Protestes gegen die Wahlfälschungen verlassen hatten. Die Parteivorsitzenden hatten damals erklärt, dass sie nicht in die Staatsduma zurückkehren, wenn sie nicht ein Treffen mit dem Präsidenten erhalten.

[..]

Dmitrij Medwedew erklärte den Abgeordneten, dass »die Wahlen im Ganzen organisiert durchgeführt wurden« und dass »von einer Beerdigung der Demokratie und des Wahlsystems« keine Rede sein könne.

[..]

Der Präsident [...] [habe bemerkt], dass »Moskau ein Thema für sich« sei und »dass das Wahlergebnis dort nicht steril« sei. Der Präsident habe versprochen, die Gerichtsverfahren zu den Wahlen in der Hauptstadt persönlich zu kontrollieren. [...]

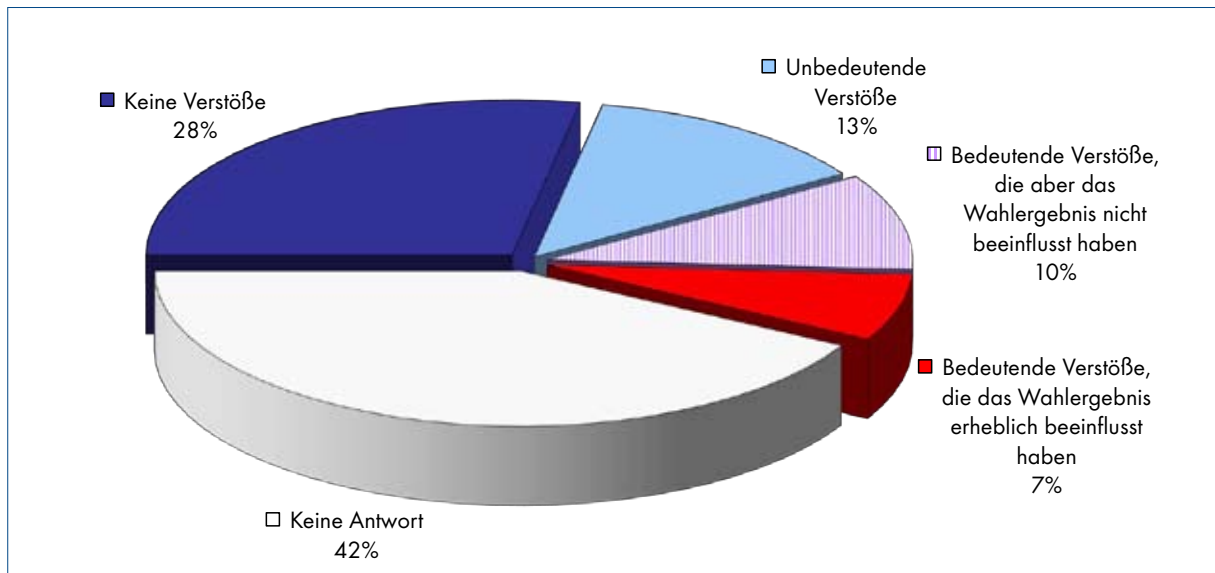
Quelle: <http://www.novayagazeta.ru/data/2009/119/13.html>

Übersetzung aus dem Russischen: Irina Neumann

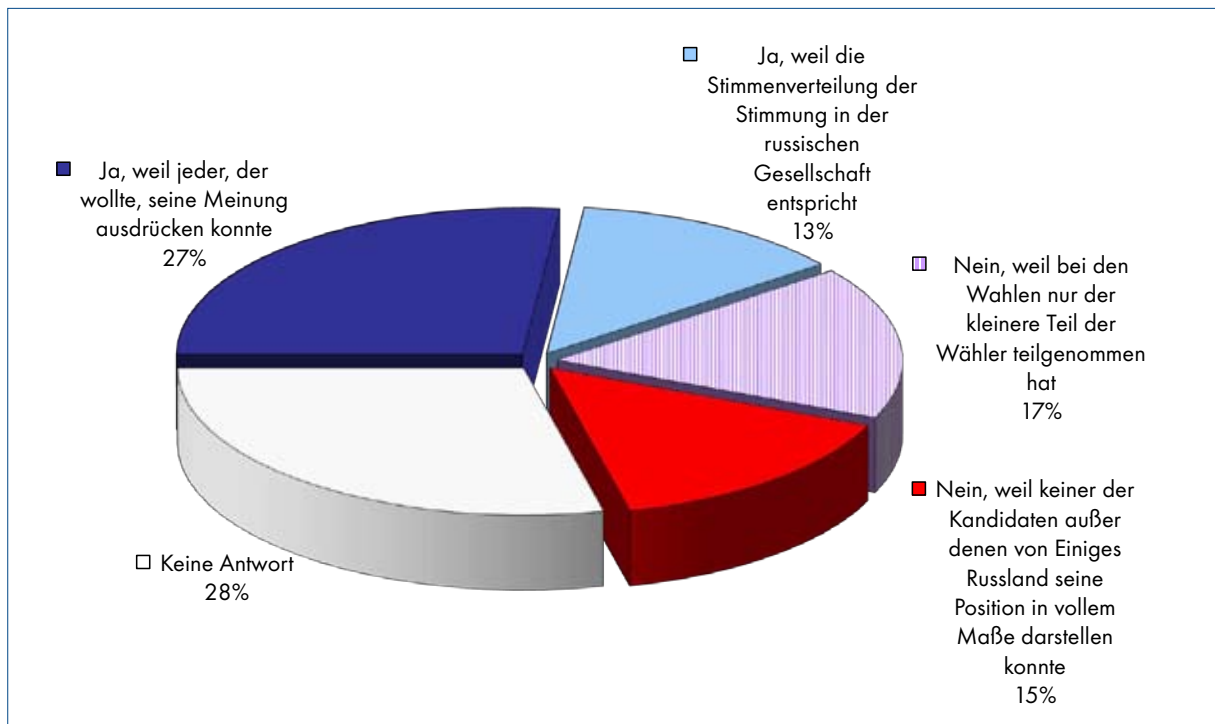
Umfrage

Russen über die Regionalwahlen am 11. Oktober 2009

Hat es bei der Organisation der Wahlen und der Auszählung Verstöße gegeben?



Drückt das Wahlergebnis die Meinung der russischen Bevölkerung aus?



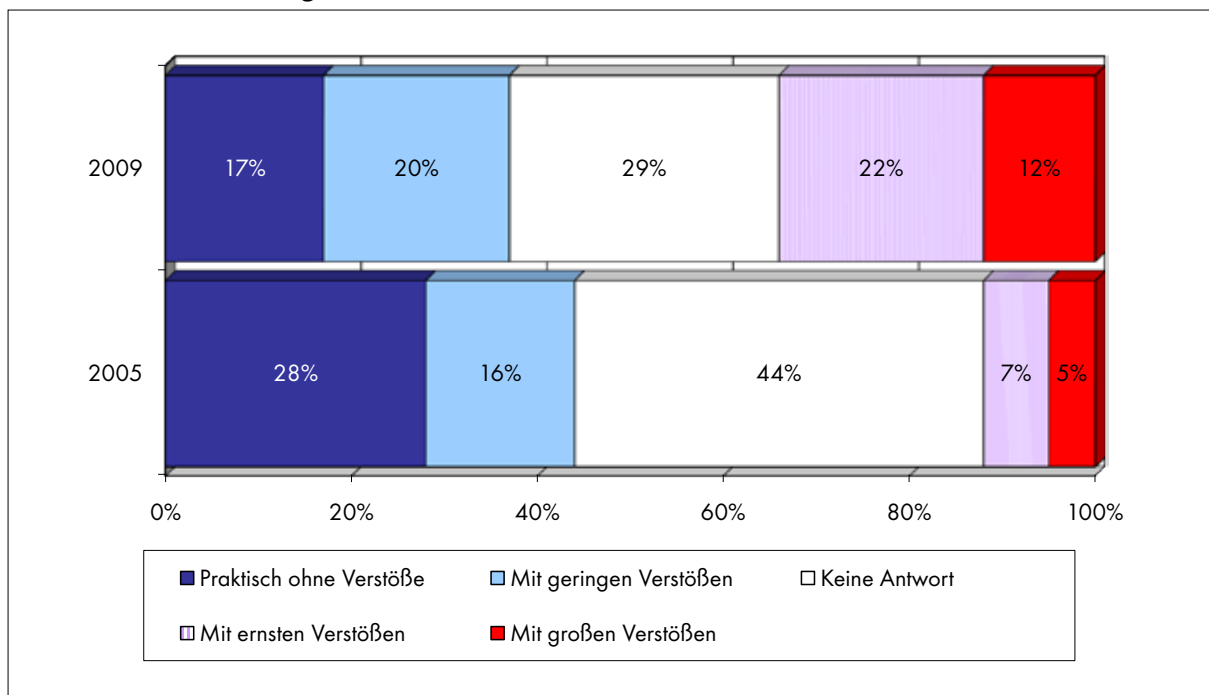
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–19.10.2009 <http://www.levada.ru./press/2009102204.html>

Russen über die Regionalwahlen am 11.10.2009

<i>Hat es in Ihrer Region (Stadt, Bezirk) letzten Sonntag (d.i. der 11.10.) Wahlen gegeben?</i>	
Ja	28 %
Nein	64 %
Keine Antwort	8 %
<i>Haben Sie bei diesen Wahlen abgestimmt und, wenn ja, für welche Partei? (Anteil derjenigen, in deren Regionen es Wahlen gegeben hat)</i>	
Einiges Russland	24 %
KPRF	6 %
Gerechtes Russland	4 %
LDPR	4 %
Jabloko	1 %
Rechte Sache	1 %
Patrioten Russlands	<1 %
Habe nicht für Parteien gestimmt, sondern für einen konkreten Kandidaten	11 %
Habe den Stimmzettel ungültig gemacht	1 %
Habe nicht abgestimmt	48 %
Keine Antwort	1 %

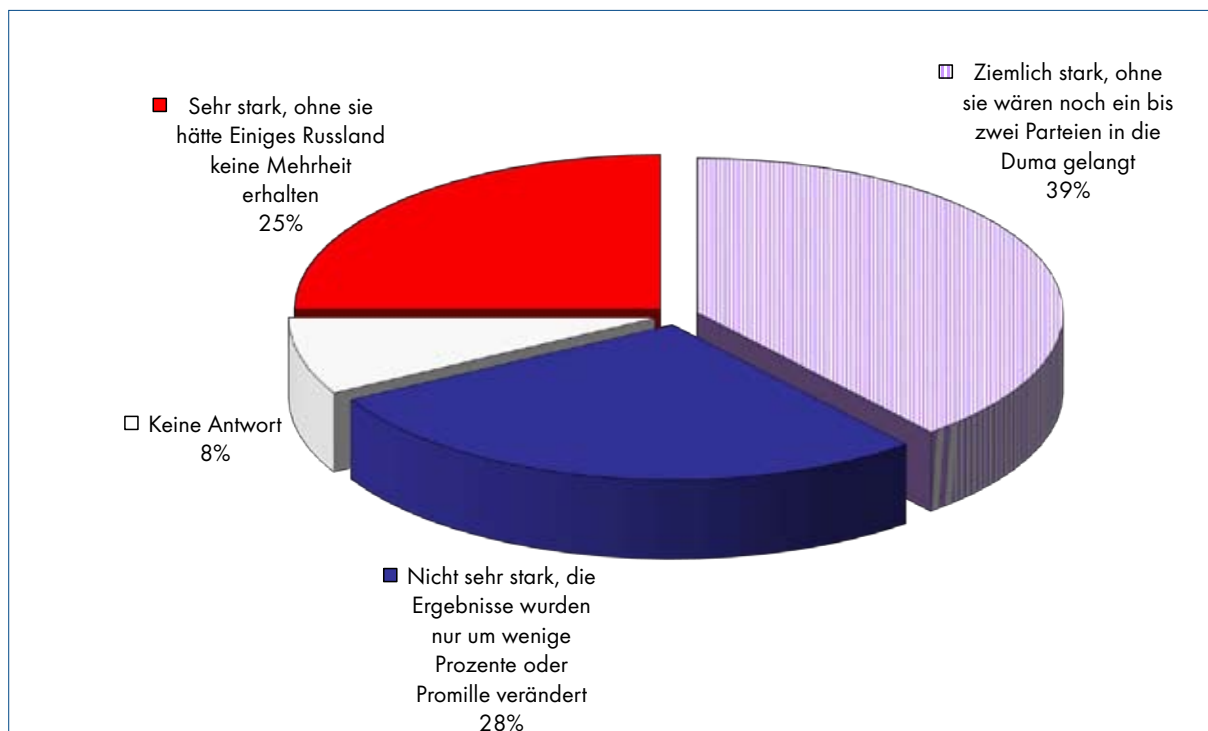
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 16.–19.10.2009 <http://www.levada.ru./press/2009102204.html>

Wie sind Ihrer Meinung nach die Wahlen in Moskau verlaufen? (2005–2009)



Quelle: <http://www.levada.ru./press/2009110302.html>, 3.11.2009

Wie stark haben die Verstöße das Wahlergebnis beeinflusst?



Quelle: <http://www.levada.ru./press/2009110302.html>, 3.11.2009

Welche Partei hat von den Wahlverstößen profitiert?

Einiges Russland (Lushkow)	54%
KPRF (Gubenko)	4%
LDPR (Shirinowskij)	1%
Jabloko (Mitrochin)	<1%
Patrioten Russlands (Semigin)	<1%
Gerechtes Russland (Lewitschew)	<1%
Keine Antwort	42%

Quelle: <http://www.levada.ru./press/2009110302.html>, 3.11.2009

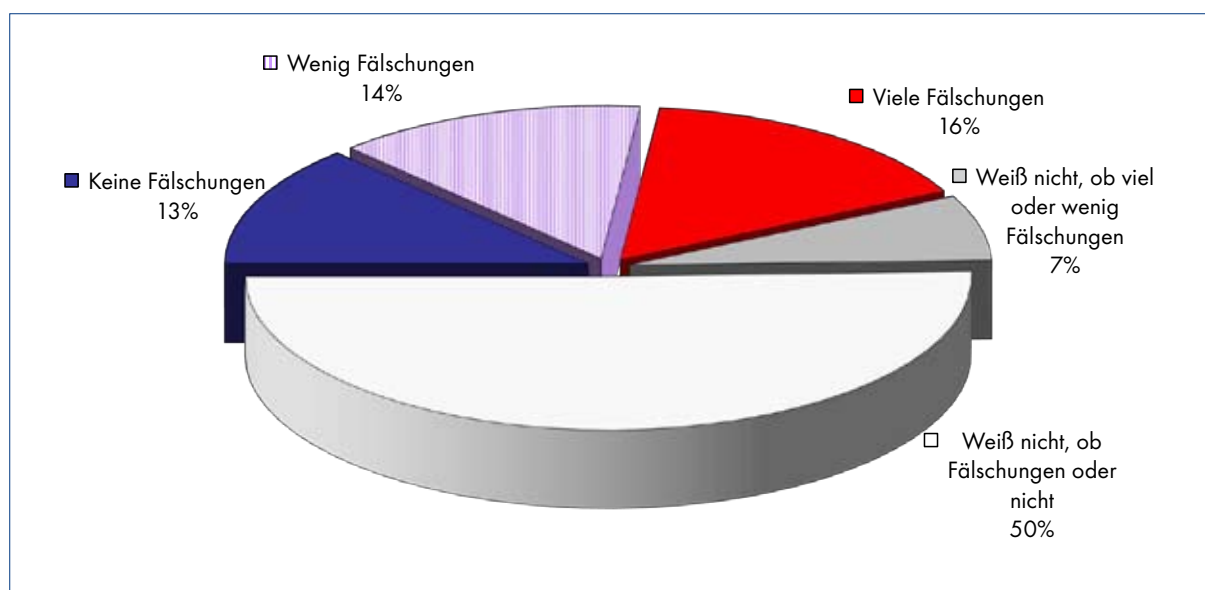
Die Moskauer Wahlen - widersprüchliche Ergebnisse

Haben Sie bei den Moskauer Stadtdumawahlen abgestimmt und für welche Partei haben Sie gestimmt?

	in % der Befragten	Rekonstruiertes Ergebnis auf Basis der Befragung bei einer angenommenen Wahlbeteiligung von 31 %	Offizielles Wahlergebnis
Einiges Russland (Lushkow)	19,9 %	46,1 %	66,3 %
KPRF (Gubenko)	11,7 %	27,1 %	13,3 %
LDPR (Shirinowskij)	5,1 %	11,8 %	6,1 %
Gerechtes Russland (Lewitschew)	3,4 %	7,9 %	5,3 %
Jabloko (Mitrochin)	1,7 %	3,9 %	4,7 %
Patrioten Russlands (Semigin)	0,3 %	0,7 %	1,8 %
Habe nicht für eine Partei, sondern für einen konkreten Kandidaten gestimmt	0,7 %		
Habe den Stimmzettel ungültig gemacht	0,8 %		
Habe nicht abgestimmt	54,7 %		
Keine Antwort	1,7 %		

Quelle: <http://www.levada.ru./press/2009110302.html>, 3.11.2009

Hat es bei den Regionalwahlen am 11. Oktober Fälschungen gegeben?



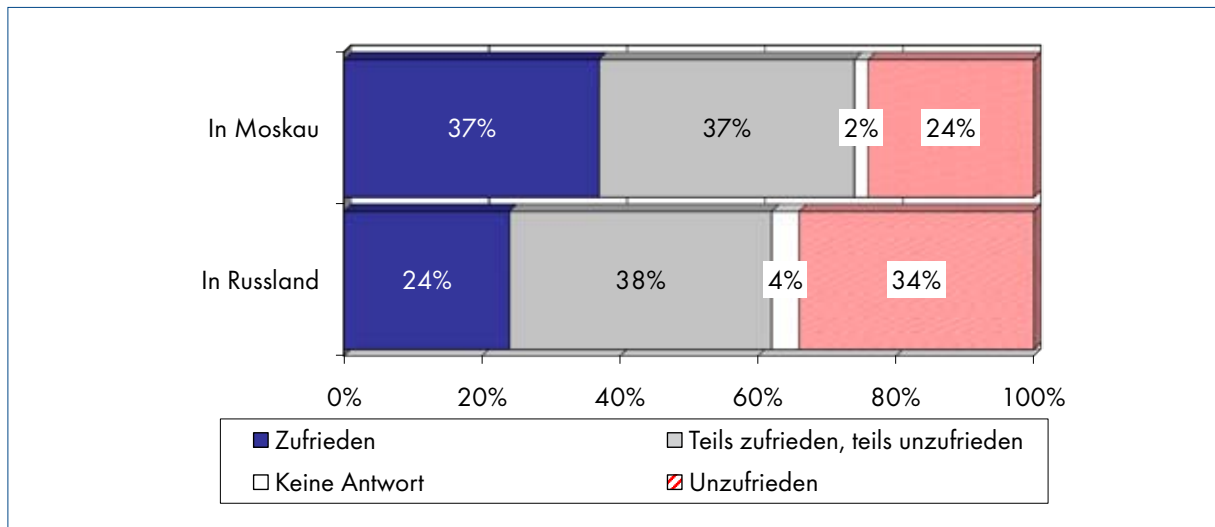
Quelle: Umfrage der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM) vom Oktober 2009
<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0944/d094411>

Moskaus Bürgermeister Lushkow – ein umstrittener Politiker

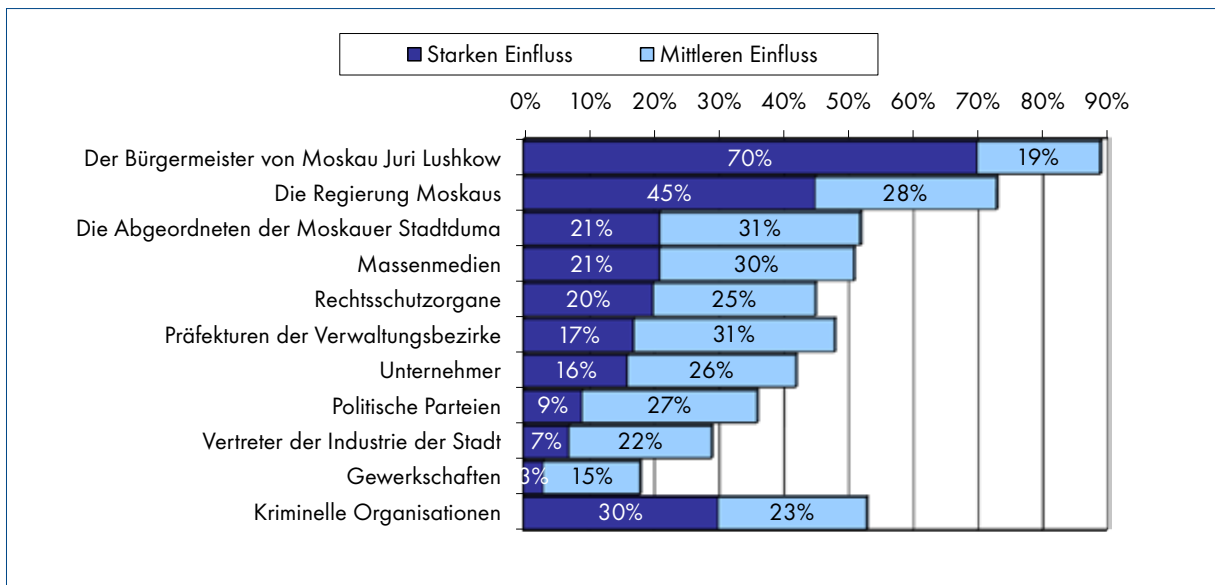
Lushkow und die Lage in Moskau.

Eine Umfrage des WZIOM unter Moskauer Bürgern vor der Wahl

Sind Sie im Großen und Ganzen mit der Lage in Russland und in Moskau zufrieden?



Welchen Einfluss haben folgende Institutionen auf die Lage in der Hauptstadt?

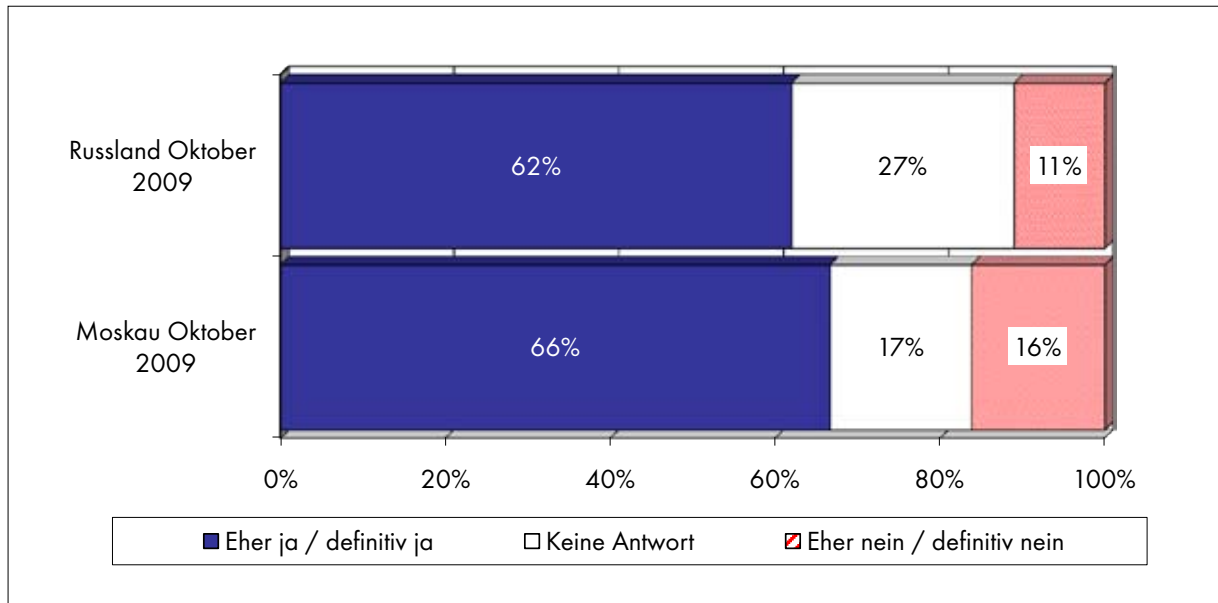


Quelle: Umfragen des WZIOM in Moskau vom 11.–28. September 2009

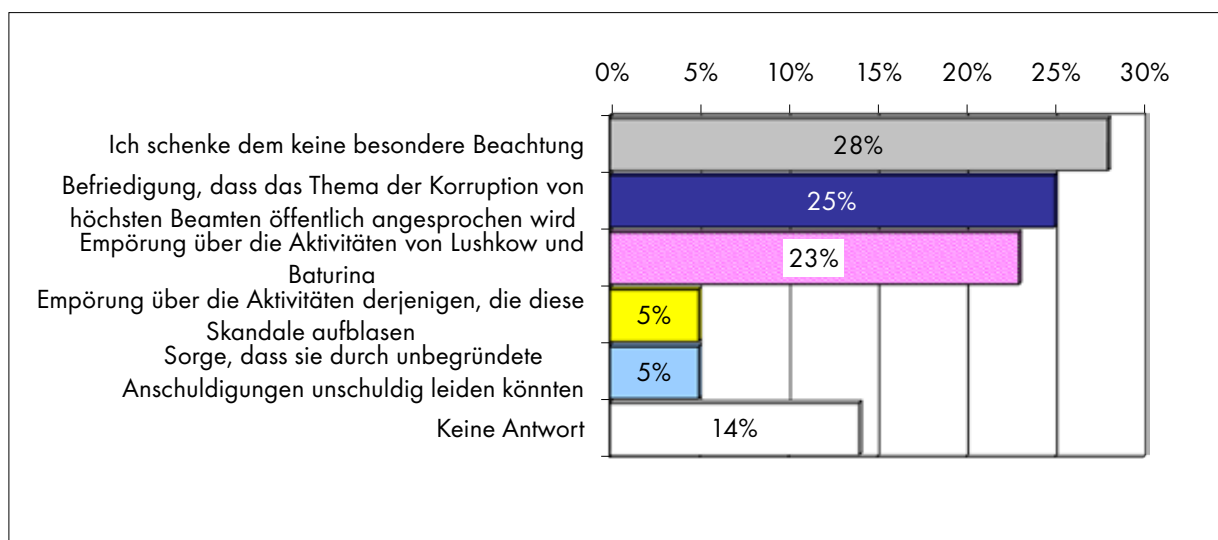
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12571.html>

Lushkow und Baturina. Eine Umfrage des Lewada-Zentrums nach der Wahl

Sind Gerüchte wahr, dass der Bürgermeister von Moskau Juri Lushkow korrupt ist und seine Frau Jelena Baturina Vorteile genießt?



Wie stehen Sie zu Anschuldigungen, dass der Bürgermeister von Moskau und seine Frau Jelena Baturina korrupt sind?



Quelle: Repräsentativumfrage des Lewada-Zentrums in 46 Regionen, 16.–19.10.2009
<http://www.levada.ru./press/2009102304.html>

Chronik

Vom 21. Oktober bis zum 5. November 2009

21.10.2009	In Russland wird die Website www.runivers.ru publiziert, die der Öffentlichkeit Originalquellen historischer Ereignisse zugänglich macht. U. a. findet man auf ihr den Hitler-Stalin-Pakt mit dem Geheimen Zusatzabkommen und Materialien über Katyn.
22.10.2009	In Malgobek (Inguschetien) wird ein Sprengsatz im Wagen des Leiters der Kriminalpolizei, Isa Korigow, zur Explosion gebracht. Der Fahrer wird getötet, Isa Korigow und seine Frau erleiden Verletzungen.
22.10.2009	Bei einer Spezialoperation im Oktober-Bezirk von Grosny werden zwei Untergrundkämpfer in einem Haus gestellt und von Sicherheitskräften getötet. Zwei Frauen, die sich in diesem Haus befinden, sprengen sich in die Luft. Im Verlauf des Gefechts wird auch ein Polizist getötet.
22.10.2009	Die Jugendorganisation »Naschi« strengt gegen vier westliche Zeitungen eine Klage wegen Ehrverletzung an: die Frankfurter Rundschau, Le Monde, Le Journal du Dimanche und The Independent. Die »Naschi« werfen den Zeitungen vor, die Naschi-Aktionen gegen den Journalisten Alexander Podrabinek verfälschend dargestellt zu haben.
23.10.2009	Auf der Sitzung des Rats für die Entwicklung von Körperkultur und Sport erklärt Präsident Dmitrij Medwedew, dass Sportverbände von hauptamtlichen Mitarbeitern geführt werden müssen - nicht nebenbei von Beamten und Regierungsmitgliedern.
24.10.2009	Präsident Dmitrij Medwedew empfängt die Vertreter von LDPR, KPRF und Gerechtes Russland, die Wahlmanipulationen während der Regionalwahlen am 11.10. kritisieren. Medwedew gesteht ein, dass die Wahlen nicht ideal waren, lehnt aber eine Annullierung ab und verweist auf den Rechtsweg.
24.10.2009	Makscharip Auschew, ein Geschäftsmann und Führer der inguschischen Opposition, wird in seinem Wagen von Unbekannten erschossen. Ein zweiter Passagier wird verletzt.
24.10.2009	In Wladiwostok protestieren ca. 1.500 Personen gegen die Wirtschaftspolitik der Regionalverwaltung. Die Demonstration war von der Föderation der Autofahrer in der Fernostregion angemeldet worden.
24.10.2009	Sergej Jeshow, der Führer der Rjasaner Organisation von »Anderes Russland« und Unterstützer der nicht zugelassenen Partei der Nationalbolschewiki, wird in Moskau festgenommen, nach Tatarstan verbracht und in Nabeshnye Tschelny (Tatarstan) wieder freigelassen. Angeblich gehören seine Entführer den tatarischen Sicherheitskräften an.
25.10.2009	Auf Anweisung des Präsidenten Dmitrij Medwedew entfernt Innenminister Raschid Nurgalijew den Innenminister von Tuwa, Viktor Lesnjak, aus dem Amt. Am Vortage hatte in Kysyl ein Oberleutnant der regionalen Sicherheitsbehörden zwei Milizionäre erschossen, nachdem sie ihn angehalten hatten, als er betrunken ein Fahrzeug steuerte.
26.10.2009	Wladimir Mamontow, der Chefredakteur der »Iswestija«, wird abgelöst. An seine Stelle tritt Witalij Abramow, bisher bei der »Rossijskaja Gaseta«. Mamontow wird zum »Präsidenten« ernannt und soll sich mit strategischen Fragen der Zeitungsentwicklung befassen.
26.10.2009	Auf der Straße Kisljar-Mosdok werden zwei Polizisten erschossen, als sie die Insassen eines Busses kontrollieren.
27.10.2009	Das Multimediaprojekt »Sochi Reporter« www.sochireporter.ru wird gestartet, das der publizistischen Vorbereitung für die Winterolympiade 2014 in Sotschi dienen soll.
27.10.2009	Bei einer Spezialoperation im Zentrum Grosnys wird ein Untergrundkämpfer getötet. Bei dem Einsatz wird ein Polizist getötet, ein zweiter verwundet.
28.10.2009	Das Untersuchungskomitee bei der russischen Generalstaatsanwaltschaft gibt den Frachter »Arctic Sea« frei. Das Schiff soll nach Malta gebracht werden.
28.10.2009	Bei einer Antiterroroperation in Durangi (Dagestan) kommt es zu einem Feuergefecht, bei dem mindestens ein Angehöriger der Sicherheitskräfte getötet wird.
29.10.2009	Die russischen Behörden übergeben den Frachter »Arctic Sea« den maltesischen Behörden, unter deren Flagge das Schiff fährt. Der Frachter liegt zu diesem Zeitpunkt vor dem Hafen von La Valetta.
30.10.2009	Präsident Dmitrij Medwedew verurteilt in seinem Videoblog scharf die Stalinschen Verbrechen. Der 30. Oktober ist der Tag der Opfer politischer Repression.
31.10.2009	An einem »Marsch der Unzufriedenen« nehmen nach Angaben der Moskauer Polizei 100 Personen teil. 50 werden festgenommen.

31.10.2009	Bei einer Spezialoperation in Grosny wird Iban, ein »Emir« der tschetschenischen Untergrundbewegung, getötet.
31.10.2009	In Nasran (Inguschetien) werden zwei Insassen eines PKWs getötet, ein weiterer verletzt, als Unbekannte das Feuer auf den Wagen eröffnen.
31.10.2009	Im Bezirk Mosdok (Nordossetien) eröffnen die vier Insassen eines Wagens bei einer Verkehrskontrolle das Feuer auf die Polizei. Ein Polizist und drei Insassen des Wagens werden getötet. Der vierte Insasse wird verwundet.
1.-2.11.2009	Der britische Außenminister David Miliband führt in Russland Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow. Erörtert werden u. a. Fragen der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen, des Iran und der Afghanistan-Politik. Miliband ist seit fünf Jahren der erste britische Außenminister, der Russland besucht. Im November 2006 war Alexander Litwinenko auf britischem Boden ermordet worden. Russland verweigert die Auslieferung des ehemaligen KGB-Offiziers Andrej Lugowoj, der von der britischen Justiz verdächtigt wird, an der Mordtat beteiligt zu sein.
2.11.2009	Das russische Innenministerium teilt mit, dass bei einer GUS-weiten Razzia in der Zeit vom 21. bis 23. Oktober über 7.400 Personen festgenommen wurden, nach denen in den einzelnen GUS-Staaten gefahndet wird. Die Innenbehörden der GUS-Staaten führen zweimal im Jahr derartige Aktionen gemeinsam durch.
2.11.2009	Nach Angaben der russischen Behörden sind bisher insgesamt 10 Personen an Schweinegrippe gestorben.
2.11.2009	Die letzten vier Besatzungsmitglieder der »Arctic Sea« treffen in Russland ein, nachdem das Schiff nun an die maltesischen Behörden übergeben wurde.
2.11.2009	In Moskau wird der Geschäftsmann Schabtaj Kalmanowitsch von Unbekannten erschossen. Kalmanowitsch besaß Bau- und Immobilienunternehmen, organisierte Gastauftritte von Musikern wie Michael Jackson und Liza Minelli in Russland, und war Sponsor mehrerer Basketballmannschaften. In den achtziger Jahren war er in Israel wegen Spionage für die UdSSR mehrere Jahre in Haft.
3.11.2009	In Moskau bricht im zentralen Stab der Jugendorganisation »Naschi« ein Feuer aus. Eine »Antinaschistische Aktion« bekennt sich zu der Brandstiftung.
4.11.2009	Am russischen Staatsfeiertag »Tag der Einheit« veranstalten rechtsradikale Gruppen in Moskau einen »russischen Marsch«, der in diesem Jahr von den Moskauer Behörden gestattet wurde. Ca. 1.000 Personen nahmen an dem Marsch teil und skandieren fremdenfeindliche Parolen. Am Rande der Aktion zerstörten Teilnehmer einen Obststand, dessen Besitzer für Kaukasier gehalten wurden. »Russische Märsche« finden auch in anderen Städten statt.
4.11.2009	Der Präsident der Republik Burjatien, Wjatscheslaw Nagowizyn, ruft angesichts der zahlreichen Fälle normaler und Schweinegrippe den Notstand aus.
4.11.2009	Angesichts starker Regenfälle wird in Machatschkala (Dagestan) der Notstand erklärt.
4.11.2009	Im Falle des Mordes an dem Anwalt Stanislaw Markelow und der Journalistin Anastasija Baburowa werden zwei Personen festgenommen, Nikita Tichonow und Jewgenij Chasis. Beide gehörten der verbotenen rechtsradikalen Organisation »Russische Nationale Einheit« (RNE) an.
5.11.2009	In Moskau dringt die Polizei in das Industriezentrum der Republik Bulgarien in Moskau und durchsucht die Räume eines bulgarischen Geschäftsmannes. Das Industriezentrum liegt auf exterritorialem Gelände.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Veranstaltungshinweis

Russland-Termine des Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



19. November 2009, Frankfurt am Main

Euro Finance Week

Vom 16.-20. November 2009 findet in Frankfurt/Main die 12. EURO FINANCE WEEK statt, die sich als zentraler Treffpunkt der europäischen Finanz- und Versicherungswirtschaft in Europa etabliert hat. Wie bereits in den vergangenen Jahren wird auch in diesem Jahr im Rahmen der EURO FINANCE WEEK der Congress on Central and Eastern Europe stattfinden, bei dem nun erstmals der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft als Mitveranstalter auftritt. Diese Konferenz wird am 19. November 2009 unter dem Thema »Tools and Programs to Mitigate the Crisis in Russia and CEE Region« zahlreiche Möglichkeiten bieten, um mit hochrangigen Vertretern der internationalen Finanz- und Wirtschaftswelt aktuelle Entwicklungen und Lösungsansätze zur Bewältigung der Finanzkrise in dieser Region zu diskutieren.

Dr. Christiane Schuchart
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel.: 030 2061-67123
Fax: 030 2028-2712
E-Mail: C.Schuchart@bdi.eu
www.ost-ausschuss.de

26. November 2009, Stuttgart

9. Rechtskonferenz Russland des Ost-Ausschusses

Rechts- und Steuerexperten namhafter Kanzleien informieren über aktuelle Entwicklungen in der russischen Gesetzgebung und Rechtsprechung und zeigen den sich daraus für in Russland aktive deutsche Unternehmen ergebenden Handlungsbedarf und die Gestaltungsmöglichkeiten auf. Themenschwerpunkte der im LBBW-Forum in Stuttgart stattfindenden 9. Rechtskonferenz sind die Reform des russischen GmbH-Rechts, Forderungsmanagement, Kreditversicherung, Vereinbarung und Durchsetzung von Sicherungsinstrumenten, Insolvenzrecht, Steuerrecht sowie Public-Private-Partnerships (PPP). Die Präsentationen dieser Rechtsthemen werden durch Erfahrungsberichte von in Russland engagierten deutschen Unternehmen ergänzt; damit bietet die Rechtskonferenz den Teilnehmern einen besonders hohen Praxisbezug.

Matthias Christian Toepfer
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin
Tel.: 030 2028-1556
Fax: 030 2028-2556
E-Mail: M.Toepfer@bdi.eu
www.ost-ausschuss.de

Veranstaltungshinweise

Call for Applications – 5th Changing Europe Summer School

“Informal Networks, Clientelism and Corruption in Politics, State Administration, Business and Society. Case studies from Central and Eastern Europe”

Institute of Sociology, Czech Academy of Sciences

Prague 1 – 7 August 2010

organized by the Research Centre for East European Studies (University of Bremen)
at the Institute of Sociology, Czech Academy of Sciences
with funding from the Volkswagen Foundation

The topic: Informal networks, clientelism and corruption are often seen as legacies of socialism with a strong impact on post-socialist transformations, on the other hand they describe universal phenomena, which can be found in all kinds of societies. Although these phenomena are frequently argued to impede development, some authors also highlight their potential to make things work by offering a way around red tape and authoritarian pressures.

In order to obtain a better understanding of these phenomena, including their different forms, modes of function, causes and consequences in various societal contexts, the Changing Europe Summer School 2010 wants to offer a forum for empirical research on informal networks, clientelism and corruption with a regional focus on Central and Eastern Europe. Central and Eastern Europe is defined as the formerly socialist part of Europe including all countries of the CIS. Comparative approaches (across countries and across time) are especially encouraged.

The Summer School: Each year the Changing Europe Summer School brings together 20 to 30 young academics (i.e. mainly doctoral students from disciplines like political science, sociology, economics, social anthropology, law, geography and history) working on issues related to countries in Central and Eastern Europe. Participation in the Summer School gives them a chance to present and discuss their research projects and to become better integrated into the academic community.

The core of the Summer School consists of the presentation of doctoral research projects and their discussion with senior researchers of international repute in their respective fields. In addition, there will be several sessions with experts on funding, access to information, publication strategies and policy consulting. The sessions will be framed by lectures and excursions as well as other activities designed to give participants the opportunity to socialize and establish contacts. Selected contributions to the Summer School will be published in an edited volume. The participants will be invited to join our alumni network.

Paper proposals: Paper proposals must be based on original doctoral research projects and may not exceed 1000 words. They must be drafted in English and must connect an empirical question with a theoretical approach and concept in order to be accepted. An international review panel will assess the papers for the conference in an anonymous review process (for more information about the reviewers, see www.changing-europe.de). The deadline for receipt of paper proposals is **10 January 2010**. Please submit your proposal according to the guidelines at www.changing-europe.de.

Costs: Funding by the Volkswagen Foundation covers accommodation and participation fees. Participants will have to cover their travel costs themselves.

Location: Institute of Sociology, Czech Academy of Sciences, Prague

Information: More information about the Changing Europe Summer Schools is available at www.changing-europe.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de